

UnAuf

REVOLUTION





Illustration: Michael Weinlein

UnAufgefordert.
Die Studierendenzeitung der
Humboldt-Universität zu Berlin.

Herausgeber:
Kuratorium des Freundeskreises der
UnAufgefordert e.V.
Humboldt-Universität zu Berlin
Unter den Linden 6
10099 Berlin

Chefredaktion: Alma Gretenkord
(Chefredakteurin), Janne Hoppe
(Stellvertretende Chefredakteurin),
Jan Alexander Casper (Chef vom Dienst)
(V.i.S.d.P.)

Schlussredaktion: Sophie Neumann,
Nicolas Leon, Alma Gretenkord,
Jan Alexander Casper, Nora
Stavenhagen, Anna Lindemann, Sarah
Beudt, Fabian Peckelsen, Gabriel Rinaldi,
Tim Stripling, Philip Chorzelewski,
Max Skowronek, Felix Ferlemann

Kontakt: redaktion@unauf.de

Anzeigen: werbung@unauf.de

Layout & Gestaltung: Svenja Lukassen

Illustrationen: Michael Weinlein,
Paulina Hillebrand, Mariella Manhardt,
Linda Zimmermann

Titelbild: Victoria Grossardt

Autor*innenbilder: Paulina Hillebrand

Druck: Gemeindebriefdruckerei, 29393
Groß Oesingen

Auflage: 4.000

Die Artikel und Beiträge spiegeln nicht
notwendigerweise die Meinung der Re-
daktion wider. Nachdruck und Vervielfäl-
tigung nur nach vorheriger Genehmigung.
Die Redaktion behält sich vor,
Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
06.07.18

Die UnAufgefordert erscheint seit dem 17.
November 1989 an der Humboldt-Univer-
sität zu Berlin und ist eine der ältesten
Studierendenzeitungen Deutschlands.
Seitdem begleitet sie den Weg der HU
durch unabhängige und professionelle
Berichterstattung über Forschung und
Lehre, studentisches Leben und Kultur.
Bereits zweimal wurde ihr dafür der
Pro-Campus Presse Award als beste
deutschsprachige Studierendenzeitung
verliehen.

UnAufgefordert online: www.unauf.de

Kostenlos abonnieren: www.unauf.de/abo

Offene Redaktionssitzung jeden Montag
im Semester, 18.30 Uhr, Invalidenstraße
110, Raum 118

IN EIGENER SACHE

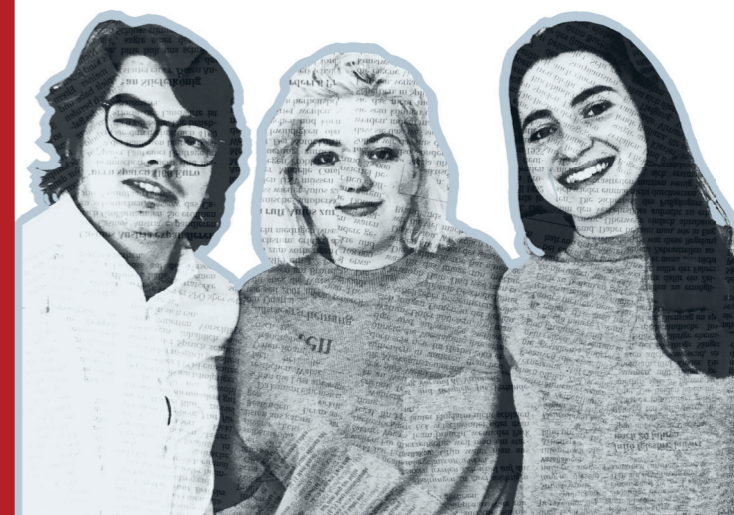
Für Millionen syrischer Geflüchteter ist die Revolution längst tot. Sie müssen die Leichen ihrer Freunde über Bilder in WhatsApp-App-Gruppen identifizieren, haben Leid und Folter hinter sich, mussten ihrer Heimat vielleicht für immer den Rücken kehren. Das ist die existenzielle Dimension von Revolution, die wir im Gespräch mit einer Überlebenden aus ar-Raqqa nur erahnen können.

In Europa müssen wir kein Blut mehr vergießen, um unsere Gesellschaften zu verändern, das ist ein Luxus. Revolution heißt für uns politischer Bewusstseinswandel. Das zeigen die Proteste in Frankreich genauso wie der TV-Stud-Streik an der HU. Mit dem Revolutionsbegriff können wir alles Mögliche bezeichnen: Veränderungen in der Art, wie wir miteinander kommunizieren, essen, Sex haben, lieben oder lernen.

Weil Revolution so viele Bedeutungen hat, bleibt das Konzept schwer greifbar. Wer macht heute Revolution, wenn das überhaupt noch jemand macht? Sind wir die Erben von Marx und den 68ern, und verschleudern wir unser Erbe gerade sinnlos? Allenthalben schreit man nach der revolutionären Energie der Studierenden; muss man die überhaupt haben? Diese Fragen haben wir uns auch im Rahmen der UnAuf Medientage 2018 gestellt.

Revolutionäre sind heute so vielfältig wie der Revolutionsbegriff selbst. Syrische Mädchen, Berliner Theologiestudenten, italienische Ex-Gewerkschafter, natürlich alle Unterzeichner*innen einer Compact-Kampagne. Sie alle müssen akzeptieren, dass sie es wohl nicht mehr zur T-Shirt-tauglichen Ikone wie Che Guevara bringen werden, sondern sich in Zukunft Ruhm und Ehre teilen müssen auf dem langen Weg zur besseren Gesellschaft. Viel Spaß beim Lesen.

Die Chefredaktion
Jan Alexander Casper, Janne Hoppe und Alma Gretenkord



- 3/ In eigener Sache
- 5/ Kolumne: Ja, nein, vielleicht? - Nicht mit mir.

TITEL - REVOLUTION

- 6/ Sie wollten die Revolution
Eine Studentin
aus ar-Raqqa erzählt
- 8/ Danke, wir sind schon frei
Müssen junge Leute
heute noch anti sein?
- 10/ Der Marsch durch die Uni
Wie die Bewegung für freie
Software die HU überrollt hat

CAMPUS

- 13/ Portrait: Claudio Piccoli
Alle kennen ihn als den Mann,
der den Kommunistischen
Kampf verteilt
- 14/ Parlamentsreport
Drei Fragen an: nicht-passiv.de
- 16/ Aus Ost mach West
Dieses Institut gibt es nicht mehr:
Die HU nach dem Mauerfall

INHALT

POLITIK

- 18/ Die Uni steht still, wenn
dein starker Arm es will
Hinter den Kulissen des
TV-Stud-Streiks
- 19/ Monitor
Glossar: Revolution
- 20/ Das Land der
begrenzten Möglichkeiten
Ein Besuch an der University of Chicago
zeigt, woran die USA zerreißen
- 21/ Studium auf Rezept
Eine Hochschulreform treibt Studie-
rende in Frankreich auf die Straßen

LEBEN

- 22/ „Studierende können immer etwas
bewegen“ Rahel Jaeggi über
Studierende zwischen Theorie
und prekärer Arbeit
- 24/ Glosse: Rassismus im ZDF: Alles Satire
- 25/ Super Jut: Jammen in Spandau
Post aus: Toruń, Polen
- 26/ Endstation: Mit der S2 zu
Berlins wildester Galerie

KOLUMNE /

JA, NEIN, VIELLEICHT ? - NICHT MIT MIR.

Sie kommen und gehen, einige bleiben: Trends. Manchen davon rennen selbst die Klügsten hinterher. Nicht unsere Kolumnistin: Sie hat gelernt, Nein zu sagen.

Feiern gehen oder Film schauen, Tom oder doch lieber Daniel, Rügen oder Amrum? Uns festzulegen scheint die größte Herausforderung unserer Generation zu sein. „No commitment“ ist aus unserem Wortschatz kaum mehr wegzudenken. Die Entscheidung, in den Semesterferien nach Thailand zu fliegen, bedeutet auch, sich gegen den Jakobsweg zu entscheiden, ein Praktikum zu verschieben oder auf eine wilde Festivalsaison zu verzichten. Solche Entscheidungen treffen wir zu oft nur mit Ach und Krach, ihre Konsequenzen tragen wir schon gar nicht gern.

„Lass uns später nochmal quatschen“, sage ich zu meiner Freundin, als sie mich nach meinen Abendplänen fragt. Warum mache ich das? Entscheidungen bis zur letzten Sekunde hinauszuzögern zeigt unserem Gegenüber, dass wir über zehn überlegene Alternativen verfügen können. Meine Anwesenheit ist begehrt, die Nachfrage nach meiner Zeit ist groß, das Angebot knapp und die Opportunitätskosten sind hoch. Mein kapitalistisches Über-Ich versucht, den höchsten Nutzen aus meiner Tagesplanung zu schlagen. Sich die größtmögliche Auswahl zu bewahren ist Statussymbol: Seht mich an, ich kann mit dem Stress umgehen. Je beschäftigtiger ich bin, desto höher ist mein Marktwert.

Zu früh zu fest zuzusagen bedeutet, dass ich nichts Besseres zu tun habe. Uncool. Erst nach einigen Stunden kommuniziere ich die Entscheidung, meine Freundin auf eine WG-Party zu begleiten. Dort ist es „nett“. Man trinkt Bier, quatscht, wippt mit dem Fuß zur Musik aus den Laptop-Boxen. Ich sitze in einer

Ecke des Wohnzimmers, starre auf mein Handy, und warte darauf, dass meine Freundin vom Klo zurückkommt. Ich checke Instagram. Andere Freunde von mir tanzen auf einer anderen Party auf den Tischen. FOMO, die Fear Of Missing Out, überkommt mich. Warum verschwende ich meine Zeit auf dieser mittelmäßigen Party?

Wir können nicht auf zehn Partys gleichzeitig tanzen. Deswegen müssen wir aufhören, immer auf die bessere Alternative, die sich in letzter Sekunde auftut, zu hoffen. Mit jeder Entscheidung meinen wir, ein Stück Freiheit aufzugeben. Wir quälen uns mit der Auswahl zwischen coolen und noch cooleren Alternativen. Kein Wunder, dass gefühlt alle in Berlin in einer offenen Beziehung leben oder eine Freundschaft-Plus pflegen. Dieses wage „Vielleicht“ kommt mir viel zu häufig vor wie ein mehr schlecht als recht getarntes „aber lass mal sehen, ob noch jemand besseres kommt“. Damit verlieren nicht nur Labels wie „polyamor“ ihre Bedeutung; wir verlernen auch, Verantwortung für uns selbst und andere zu tragen. Wenn wir aufhören, Entscheidungen zu treffen, liefern wir uns dem Zufall aus und kriegen dann das, wovon wir uns so schrecklich fürchten: Abhängigkeit statt Selbstbestimmung.

Situationen aus verschiedenen Blickwinkeln zu beleuchten, gehört zu den Stärken unserer Generation. Wir wissen, wie man Pro und Contra abwägt, Meinungen vorsichtig vertritt und Gegenpositionen respektiert. Mit bloßem Abwägen allein kommt man aber nicht weit. Die Revolution kommt nicht von einem „Ja, mal gucken“. Es ist an der Zeit, dass wir uns aus unserer Lähmung lösen. Wir müssen den Mut haben, Entscheidungen zu fällen und hinterher zu ihnen zu stehen. Ein wenig mehr Radikalität würde uns gut tun. Also: Film schauen mit Daniel auf Rügen. Und dann mal sehen.

Vilma-Lou Sinn, 24, Volkswirtschaftslehre



GENIUS LOCI WEIMAR

7th International Video Mapping and Media Architecture Festival



10.-12.08.2018

ab 21:30 Uhr

Eintritt frei | www.genius-loci-weimar.org

Anzeige

SIE WOLLTEN DIE REVOLUTION

2011 hofften Raya und ihre Generation auf Freiheit, bis Syrien im Chaos versank.

Raya* ist eine syrische Revolutionärin. Schon als Kind hat sie gelernt, sich dem System Assad zu verweigern. Als Schülerin ging sie auf die Straße, organisierte in ihrer Heimatstadt die Proteste mit, die als Arabischer Frühling in die Geschichte eingegangen sind. Mittlerweile studiert Raya in Europa und verteidigt das Erbe ihrer Revolution von Frankreich aus.

Ich habe Raya in meinem Auslandssemester kennengelernt. Wir teilten uns ein schattiges Zimmer im Parterre des Wohnheims. Raya war im ersten Semester, sie schlief wenig und starrte in das blaue Licht ihres Laptops. Sie verstand nicht, wie sie überhaupt hierhergekommen war, an die Pariser Eliteuniversität, mit einem syrischen Abitur und ihrem gebrochenen Englisch, das sie sich auf der Flucht notdürftig angeeignet hatte. Beim Vorstellungsgespräch in den Politikwissenschaften hatte man großes Interesse an ihr gezeigt: Raya wurde in eine oppositionelle Familie hineingeboren, sie hatte die Proteste in Ar-Raqqa mitorganisiert und kannte sich im syrischen Bürgerkrieg bestens aus. Trotzdem hat sie die Zusage überrascht. Anfangs war es kaum möglich, mit ihren französischen Kommiliton*innen mitzuhalten. Also lernte sie Tag und Nacht.

Die Revolution kehrt sich in ihr Gegenteil

Früh morgens kamen die Anrufe, die den Tod eines Klassenkameraden, Cousins oder Nachbarn mitteilten. Während die Dämmerung erstes Licht in unser Zimmer trug, war es in Syrien schon hell genug um nach denen zu suchen, die die Nacht nicht überlebt hatten. Raya war Teil einer WhatsApp-Gruppe, in der Bilder von gefundenen Leichen verschickt wurden, damit deren Angehörige, die bereits in alle Welt geflüchtet waren, sie identifizieren konnten. Alle zwei Minuten Fotos von entstellten Kindern, Männern mit blutenden Köpfen, abgerissenen Körperteilen. Alle paar Tage erkannte Raya jemanden, manchmal weinte sie für eine halbe Stunde. Dann schaltete sie die Bettlampe ein und die Trauer aus, so wie sie es seit Jahren gewohnt war.

Raya hatte gesehen, wie ihre Revolution sich ins Gegenteil kehrte, sie hatte unter dem IS gelebt, der ihren Vater entführt hat, und war allein in die Türkei geflüchtet, von wo aus sie ihr Visum für Frankreich beantragte.

Seitdem sind fast zwei Jahre vergangen. Raya steht kurz vor dem Abschlussexamen. Trotzdem sagt sie sofort zu, als ich sie nach einem Interview frage. Als ich sie anrufe, zeigt der Kalender den ersten Mai, weltweit gehen Menschen auf die Straße. In Paris wird es am Abend noch zu heftigen Ausschreitungen kommen. Es ist ein passender Tag, um mit Raya über Revolution zu sprechen.

Für Raya beginnt der Widerstand in der syrischen Opposition lange vor 2011. Ihr Vater ging bereits gegen den vorherigen

Präsidenten Hafiz al-Assad auf die Straße. Raya lernte früh, den Schwur auf die Regierung in der Schule zu verweigern. Schon als Jugendliche veröffentlichte sie kritische Artikel und geriet in den Fokus der Behörden. Zum Revolutionsbeginn in Tunesien und Ägypten wird Raya gerade volljährig. „Ich war zu jung, um mich eine Revolutionärin zu nennen, aber es hat mich sehr ergriffen, dass sich endlich was veränderte“, sagt sie. Wenig später tauchen auch in Syrien Vorboten eines arabischen Frühlings auf. „Nieder mit Baschar!“ und „Jetzt bist du dran, Doktor“ schreiben Jugendliche mit roter Farbe an ihre Schule. Der Doktor, gemeint ist der gelernte Augenarzt Baschar al-Assad, will eine Revolte in seinem Land mit allen Mitteln verhindern. Er lässt die minderjährigen Verfasser gefangen nehmen und foltern.

„Das war nichts Ungewöhnliches, aber es hat die Situation zum Eskalieren gebracht“, erinnert sich Raya. „Und plötzlich war da eine Bewegung. Die Menschen hatten genug: Von der Unfreiheit, der Willkür der Polizei und des Militärs, aber auch von der schlechten wirtschaftlichen Lage. Also haben wir auch in Ar-Raqqa Proteste organisiert, wir haben gesungen und gefeiert. Wir waren sehr optimistisch, wir dachten wirklich, dass sich endlich etwas ändern würde. Es herrschte eine Ekstase. Selbst als die Sicherheitsleute Assads auf uns schossen, hatten wir keine Angst.“

Wir waren einfach junge Syrer

Die Demonstranten trieb der mögliche Sturz Assads, sagt Raya. Und für die Zeit danach? „Wir verfolgten primär drei Ziele: Den Aufbau der Demokratie, persönliche Freiheit und die Würde des Menschen. Unsere Message war einfach. Es gab keine theoretische Überfrachtung unserer Revolution, keine Traditionen, an denen wir uns orientierten. Die alte Generation, in den fünfziger und sechziger Jahren, hatte ihre Ideologien, Pan-Arabisismus und Kommunismus, aber wir wussten, dass sie damit gescheitert waren. Wir waren einfach junge Syrer, die das wollten, was wir im Internet über die freien Länder erfahren hatten.“

Als Erkennungsmerkmal der Oppositionellen habe die Flagge der alten syrischen Republik gedient, erzählt Raya. Drei rote Sterne stehen in Syrien für die Zeit nach der Unabhängigkeit von Frankreich und vor der Einparteienherrschaft der Assads, für eine kurzlebige, chaotische Republik, die von vier Staatstreibern und einem Putsch dahingerafft wurde.

Trotz der alten Fahne sei es die junge Generation gewesen, die diese Revolution angeführt habe, betont Raya, organisiert über soziale Netzwerke. Verwackelte Handyvideos auf YouTube zeigen junge Menschen in Homs, Raqqa und Aleppo, die alte Volkslieder mit neuen Texten singen, die für die Revolution umgeschrieben wurden. „Hau ab Baschar, schieß auf dich und deine Baath-Partei, und arbeite mal an deinem ‚S!‘“ skandieren die Demonstranten als Reaktion auf eine Rede des Präsidenten, bei der er lispelte. „Wir waren mutiger als unsere Eltern“, kommentiert Raya. „Es gab auch viele junge Helden, zum Beispiel Ghiad Matar, der während der Proteste Blumen an die Sicher-

heitsleute Assads verteilte, um seine pazifistischen Absichten zu zeigen.“ Der junge Schneider wurde kurz nach seinem 25. Geburtstag gefangen genommen, vier Tage später legte man die geschundene Leiche vor seinem Elternhaus ab.

Heute wird Assad als Gewinner gesehen

Raya ist unermüdlich, wenn sie über die ersten Monate der Revolution spricht. Revolution, sagt sie, nicht Bürgerkrieg, das ist ihr wichtig. In ihrer Heimatstadt Ar-Raqqa habe es natürlich auch regierungsnahen Einwohnern gegeben. Aber mit denen habe man höchstens diskutiert, nicht gekämpft, sagt Raya. Sie habe den Sturz des Regimes gewollt, keinen Krieg gegen andere Gruppen oder Minderheiten. Ar-Raqqa bleibt ungewöhnlich lange unter der Kontrolle Assads, gegen den „von unten“ protestiert wird. Doch vertreiben können ihn am Ende nur radikal-islamische Rebell*innen, später wird Ar-Raqqa IS-Hauptstadt.

Raya möchte nicht, dass das Bild ist, was der Welt von ihrer Revolution im Gedächtnis bleibt. „Mit der zunehmenden Gewalt gegen Demonstranten radikalisierten sich die Leute bis hin zu der Forderung eines islamischen Staates. Ein islamischer Staat, das war das letzte was wir brauchten! Aber ich sehe das als Reaktion auf die Brutalität Assads. Wenn Bomben fallen, wenn du gefoltert wirst, dann kannst du dich nur noch an Gott wenden.“

Die Revolution, sie wurde zur blassen Erinnerung für Raya, die unter Krieg und Flucht begraben lag. Erst in Europa fing sie wieder an, über deren politische Dimension nachzudenken. „Meine Zukunft wird sich um Syrien drehen, das ist sicher“, sagt sie. So lange Assad an der Macht ist, sei es zwar lebensgefährlich, innerhalb des Landes gegen ihn vorzugehen. Raya möchte aber alles tun, um von außen eine demokratische Perspektive für Syrien zu entwickeln.

„Heute wird Assad auf der Gewinnerseite gesehen. Aber wir haben doch etwas geschafft, wir haben die Angst zerstört. Wir haben das erste Mal Nein gesagt, und deswegen wird es weiterhin Menschen geben, die Nein zu Assad sagen. Wir haben die Totalität des Regimes in Frage gestellt und das war ein wichtiger Schritt. Du kannst dir nicht vorstellen, wie Syrien vor der Revolution war. Nichts wurde öffentlich hinterfragt. Das ist heute anders. Auch wenn die Jugend müde und ernüchtert ist, wird die Revolution in ihren Köpfen bleiben.“

Als das Telefonat vorbei ist, ist es draußen schon dunkel geworden. Mein Handy leuchtet auf. „Kommst du heute noch aufs Maifest?“, fragt ein Freund. Revolution, denke ich, das bedeutet für mich, zum ersten Mai auf die Mietdemo und danach zum Tanzen in den Görlitzer Park zu gehen. Für Raya bedeutet es ihr Leben.

*Der Name ist zum Schutz der Person geändert.
Mascha Malburg, 22, Sozialwissenschaften



Illustration: Michael Weinlein



DANKE, WIR SIND SCHON FREI!

Wer macht heute Revolution? Ist die Zeit der großen gesellschaftlichen Umbrüche nach 50 Jahren „68“ und 200 Jahren Karl Marx vorbei? Auf einer Podiumsdiskussion im Rahmen der UnAuf Medientage 2018 stritten Diana Kinnert, Christopher Lauer und João Fidalgo darüber, ob – und wenn ja – wofür junge Studierende überhaupt noch auf die Straße gehen müssen. „Danke, wir sind schon frei! Müssen junge Leute heute noch anti sein?“

Die Aussicht von der Dachterrasse der BMW Foundation in Berlin-Mitte ist herrlich. Das Regierungsviertel strahlt in der Abendsonne, auf der Spree tuckern die Dampfer. Junge Mütter schieben Kinderwagen vor sich her, Jogger ziehen an ihnen vorbei. Der Vortragsraum im sechsten Stock des Stiftungsgebäudes ist rappellvoll. Wer keinen Platz auf den Stühlen findet, kann sich auf Sitzwürfeln niederlassen, auf denen die Milleniumsziele der UNO stehen.



João Fidalgo

Warum überhaupt kämpfen?

„Wogegen muss man heute eigentlich kämpfen?“, fragt Luisa Jabs, die den Abend moderiert. „Junge Leute müssen sich einfach aufregen!“ poltert Christopher Lauer, SPD-Mitglied und ehemaliger Piratenpolitiker, in die Runde. Er legt sein Smartphone aus der Hand und blickt kämpferisch ins Publikum: „Wir sind eine Generation, die es zum ersten Mal schlechter haben wird als unsere Eltern – genauer gesagt, wir haben eine Welt hinterlassen bekommen, die im Arsch ist! Der Golfstrom versiegt, und meine Verlobte bekommt trotz ihrer Qualifikation als Hautärztin keinen vernünftigen Job!“. Lauer widmet sich wieder seinem Smartphone, das Publikum schaut verdattert.

João Fidalgo, Finanzreferent im RefRat der HU und Mitglied des Akademischen Senats, pflichtet Lauer bei: „Wir müssen gegen alles sein!“ Ihm persönlich gehe es vielleicht relativ gut, aber



Diana Kinnert

es gebe viele Studierende, denen es schlecht gehe – Bafög, Wohngeldpauschale, Mietensteigerung.

Unaufgeregt meldet sich Diana Kinnert zu Wort. Die 27-jährige sprengt mit ihrem orange-schwarz gemusterten Oberteil und der schräg sitzenden Basecap die optischen Klischees eines CDU-Mitglieds. „Es gibt viele Veränderungen heutzutage, die durch die Digitalisierung, den demografischen Wandel und die zunehmende Urbanisierung immer schneller voranschreiten“, sagt Kinnert. Und plädiert dafür, auf die Ängste der Menschen einzugehen, allerdings nicht, indem man gegen, sondern indem man für etwas kämpfe. Als Beispiel nennt sie die Bemühung der CDU, ein zukunftsfähiges Schulsystem aufzubauen. Hier prustet Lauer auf, schaut kurz von seinem Handy auf und ruft: „Das macht die CDU doch nie im Leben!“

Fehlendes Engagement

Wenn denn alles so schlimm sei, wieso engagierten sich dann so wenige junge Leute in der Politik, will Jabs von den Diskutant*innen wissen. Fidalgo räumt ein, dass die Wahlbeteiligung für StuPa-Wahlen bei unter zehn Prozent liege, will darin aber keine allgemeine Politikverdrossenheit sehen. Vielmehr sei der fehlende Protest der Studis auf den hohen Druck zurückzuführen, das Studium schnell durchzuziehen. Außerdem würden sich ja viele in Fachschaften und auf anderen basisdemokratischen Ebenen engagieren.

Lauer holt zum Rundschlag aus. Das fehlende Engagement sieht er in der gesamten Gesellschaft, nicht nur bei der Jugend. Das Sicherheitsempfinden der Menschen sei einfach zu groß heutzutage. „Es herrscht eine Wohlstandsverwahrlosung in Deutschland. Viele sitzen auf Ihrem Reichtum und wissen nicht, was sie machen sollen. Die sagen aber nicht: Fuck, Kapitalismus ist scheiße! Immer mehr kaufen ist auch scheiße!“ Um ihren Lebensentwurf nicht schlechtzureden, würden viele ihre Frustration auf Geflüchtete projizieren, obwohl es „drei Millionen leerstehende Wohnungen in Deutschland“ gebe. Man lenke sich lieber mit dem Märchen von der Erhaltung einer „christlich-jüdischen Kultur“ ab.

Lauer zeichnet ein Bild der Gesellschaft, deren Mitglieder gelähmt seien. Kaum einer setze sich für eine gerechtere Welt ein, da es den Menschen schlicht an Solidarität mangle: „Unsere Gesellschaft prägt uns derart, dass wir keine Solidarität mehr kennen. Ob wir zusammen als Gesellschaft Erfolg haben? Zählt nicht mehr. Hauptsache, man kommt selber durch und ist besser als der andere. Hier herrscht ein enormer Konkurrenzdruck!“

Am Ball bleiben

Aus Diana Kinnerts Sicht qualifiziert eine CDU-Mitgliedschaft für den qualifizierten Umgang mit dem Thema. Sie definiert Konservatismus als eine Haltung, den Dingen weder hysterisch-panisch noch „megaeuphorisch“ zu begegnen. Für sie zählt bei einer Partei die Gestaltungsmacht. Für Kinnert ist die CDU ein Apparat, der ihr als Bürgerin den größten Einfluss bietet, um sich zu engagieren. Fidalgo blickt entrüstet, als er Kinnert kritisiert: „Das ist doch inhaltsleer! Du vertrittst Positionen, die nicht denen der CDU entsprechen!“

Merkelgleich referiert Kinnert seelenruhig weiter. Selbstverständlich müssten Parteien sich modernisieren, es müsse neue Partizipationsformen geben, die über das Delegiertensystem hinaus neue themenspezifische Gremien anbieten, wo sich alle Interessierten engagieren können. Andererseits ist Kinnert „genervt“ von der Gratsmentalität vieler junger Menschen: „Anstatt sich in Empörung zu flüchten, muss man am Ball bleiben und auch mal in politischen Gremien hocken, auf



Christopher Lauer

die man keinen Bock hat“. Kinnert fragt sich außerdem, warum es immer einfacher sei, gegen etwas auf die Straße zu gehen, als für etwas. „Wo bleiben beispielsweise das Engagement und der Protest für ein starkes Europa?“, fragt sie in die Runde.

Natürlich müsse man für Europa auf die Straße gehen, ruft Lauer. „Europa wird hauptsächlich auf bürokratische Kleinigkeiten reduziert. Vielleicht brauchen wir es einfach, dass alle 100 Jahre die Faschos drüberbügeln, bevor wir aufwachen.“

Der Kampf gegen die Rechten muss aufgenommen werden, da sind sich Lauer und Fidalgo einig. Lauers Erfahrung mit AfD-Politiker*innen sei, dass sie Eskalation wollten. Sie seien frustriert mit sich selbst. Das Problem seien aber nicht die Nazis, sondern die Leute, die nichts gegen sie sagten.

Deswegen, so Lauer, müssten wir uns eigentlich alle in Parteien engagieren. Aber als er gesehen habe, wie es in der SPD-Basis zugegangen sei, habe er einen „Kotzkrampf“ bekommen. Niemand nehme die Partei mehr ernst. „Es ist ein Widerspruch, den ich lebe, ich weiß, aber ich brenne für die Themen! Der Ort, wo man was verändern kann, ist das Parlament. Es ist falsch, wenn von Politikern der Eindruck erweckt wird, dass nationale Parlamente nichts gegen Globalisierung tun können“, so Lauer.

Welche Utopie?

Aus dem Publikum kommt die Frage nach den persönlichen Utopien der Gäste. Für Kinnert besteht die Utopie in einem solidarischen und fairen Umgang zwischen den Generationen sowie der Stärkung Europas. Allerdings seien wir in unserer eigenen Gesellschaft in unterschiedlichen Epochen unterwegs, die eine Utopie könne es daher nicht geben.

Das sieht Fidalgo anders und zitiert Marx: „Der Mensch solle das höchste Wesen für den Menschen sein und alle Verhältnisse umwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“

Zum Schluss schimpft Lauer: „Wir müssen uns der kapitalistischen Verwertungslogik entziehen!“ Unsere Gesellschaft brauche radikale neue Konzepte von Arbeit und Solidarität: Technologien müssten beispielsweise zum Wohle aller arbeiten. Als größtes Problem sieht Lauer: „Wir können uns unser Leben nicht erhalten, wenn wir mit dem Kapitalismus weitermachen.“

Nach der Diskussion verstehen sich alle wieder ganz gut, man tut sich gütlich an Bier und Häppchen, die der Veranstalter bereitstellt. Die Aussicht ist immer noch schön, die Brezeln schmecken gut. Alle sind in angeregte Pläusche vertieft, Lauer, Kinnert und Fidalgo mischen sich unter die Leute.

Entweder geht es uns zu gut, um zu merken, dass alles gewaltig schief läuft, oder es geht uns – einfach gut.



Alma Gretenkord, 26, Europäische Ethnologie

DER MARSCH DURCH DIE UNI

In nur einem Jahr hat Roland Hummel der Uni das Thema "freie Software" schmackhaft gemacht und dabei gezeigt, wie erfolgreicher Aktivismus im 21. Jahrhundert aussieht

Roland Hummel ist ein Ein-Mann-Marsch durch die Institutionen. In nur einem Jahr hat er die Universität hinter einem Anliegen versammelt, für das es dort vorher kaum ein Bewusstsein gegeben hat. Dabei schreckt Hummels Initiative „gnuHU-linux“ eigentlich schon durch den sperrigen Namen ab. Trotzdem hat sich mittlerweile eine überwältigende Mehrheit der HU-Fachschaften sowie das StuPa mit Hummels Kernforderung solidarisiert: Studierende sollen in Zukunft an den öffentlichen Computerarbeitsplätzen unter „freier Software“ arbeiten können.

Um die Tragweite dieser Forderung zu erklären, holt Hummel weit aus. Dabei führt er durch die widersprüchliche Architektur unserer digitalen Demokratie und zeichnet ein Eckpunktepapier für Wandel in einer neoliberalen Gesellschaft. Zwei Grundregeln: Keine unnötigen Fronten aufbauen und Konformitätsdruck standhalten. Dabei fügt sich ein Bild des Theologiestudenten Hummel zusammen, das dem Ideal des Revolutionärs so nahe kommt, wie es in einer saturierten Gesellschaft wie der Deutschlands gerade noch möglich ist. Geprägt durch die DDR, technikaffin, systemkritisch, kooperativ, belesen, engagiert. So sieht Aktivismus im 21. Jahrhundert aus.

Um den Gegensatz zwischen freien und unfreien Systemen zu erklären, hat Hummel stets mehrere Beispiele zur Hand. Das griffigste geht so: Wir alle nutzen E-Mail, ein besonders freies Kommunikationssystem. Weil E-Mail freiheitlich organisiert ist, kann jede*r mit jeder beliebigen Mailadresse allen Adressinhaber*innen Mails schreiben und im Detail nachvollziehen, wie dieser Prozess funktioniert. Zum Vergleich: WhatsApp ist ein Beispiel für ein unfreies System. WhatsApp-User können Nachrichten nur innerhalb des vom Anbieter kontrollierten Netzwerks verschicken, keine Veränderungen an der App vornehmen (etwa, was die Verschlüsselung angeht) und nicht nachvollziehen, wie der Nachrichtenversand funktioniert. Würde E-Mail genauso funktionieren, könnten Gmail-Kundinnen nur Gmail-Kunden schreiben und GMX-User ausschließlich die GMX-App verwenden. Klar wird: Systeme sind nur dann frei, wenn die zugrundeliegende Software frei ist, also der Quellcode für alle lesbar ist, zur Verbreitung bereitsteht und umgeschrieben werden kann. Nach diesen Prinzipien funktioniert freie Software wie Firefox, LibreOffice oder die Lernplattform Moodle.

Geheimniskrämerei und Demokratie sind unvereinbar

Die Quellcodes unfreier oder proprietärer Software von Anbietern wie Facebook, Microsoft oder Apple dagegen, von denen die digitale Infrastruktur vieler Ländern abhängig ist, werden als Unternehmensgeheimnisse mit Argusaugen bewacht. Ihre Verbreitung unterliegt strengsten Auflagen, Einsicht durch mündige Nutzer*innen ist nicht vorgesehen. Hummel und anderen Stimmen aus Aktivist*innenkreisen zufolge seien diese Einschränkungen nicht mit unserer Demokratie vereinbar. Gerade zivilgesellschaftliche Institutionen wie die Universitäten sollten deshalb auf freie Systeme setzen.

„Der reale Raum wird durch unsere Gesetze geregelt. Und auch, wenn den im Zweifel nur Juristen ordentlich auslegen können, liegt uns doch viel daran, dass die jeder von uns einsehen kann. Das können wir bei Software in den meisten Fällen nicht“, so Hummel. Darum geht es der Bewegung für freie Software in der Hauptsache: Die Maßstäbe, die wir an unsere normale Demokratie anlegen, auch an die demokratischen Strukturen im digitalen Raum anzusetzen. Folgt man Hummels Argumentation, stellt die exklusive Verfügbarkeit unfreier Software wie Windows an öffentlichen Bildungsinstitutionen einen nur schwer zu ertragenden Widerspruch zu deren partizipativen Anspruch dar. Weder Administrator*innen noch die Studierenden

können, solange es keine Alternativen zu unfreien Systemen gibt, Gebrauch von ihrem Recht auf Mitbestimmung und Informationsfreiheit machen. Hummels Initiative gnuHU-linux setzt genau hier an. Die Bewegung für freie Software hat damit die HU erreicht.

Der Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit zieht sich als roter Faden durch Hummels politische Biografie. Sein Werdegang zum Politaktivisten begann 2013, dem Jahr, in dem Edward Snowden die Überwachungspraktiken der US-Geheimdienste einem breiteren Publikum gegenüber bekannt gemacht hatte. Im selben Jahr, im Sommersemester, stand „Kirchengeschichte 5“ auf Hummels Lehrplan, Kirche in der DDR, „Gesellschaftsformen, die wir meinen, überwunden zu haben“, solche Dinge. Hummel, selbst noch in der DDR aufgewachsen, stellte zunehmend die eigene Sozialisierung auf den Prüfstand. „Ich bin da nicht mit der Grundhaltung reingegangen, dass die DDR etwas grundlegendes Schlechtes war, aber diese Haltung ist dann zunehmend kritischer geworden.“ Im Fokus seines Denkens standen jetzt Menschen, vor allem die Christ*innen in der DDR, die ihr Leben im Widerspruch zur herrschenden Ideologie gestalten mussten.

Der Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist ein roter Faden in Hummels Biografie

Nach Snowdens Enthüllungen wurden diese Überlegungen für Hummel tagesaktuell. „Jetzt krachte da dieser Snowden rein und hat uns im Grunde nachgewiesen, dass das, was Mielke mit der Stasi gemacht hat, verglichen mit dem, was die westliche Wertegemeinschaft gemacht hat, ein Kindergarten war“, sagt er. Die Achtung der Freiheitsrechte als Kriterium der Abgrenzung zwischen „Schurkenstaaten“ und westlicher Gesellschaft sei durch die Enthüllungen lächerlich gemacht worden. Es ist diese kognitive Dissonanz zwischen Freiheitsanspruch und Überwachung, der Widerspruch zwischen der Forderung nach Teilhabe und der Unfreiheit unserer digitalen Infrastruktur, die Hummel in den darauffolgenden Jahren antreibt.

Aus der Theorie machte Hummel dann kurzerhand Praxis, nahm sich einige Wochen studienfrei, vertiefte sich in Snowdens Enthüllungen, stieg aus den sozialen Plattformen aus. „Dabei habe ich gemerkt, welchen Konformitätsdruck der di-

gitale Raum schon jetzt auf uns ausübt“, sagt Hummel. Ab Anfang 2014 floss Hummels Energie dann in das Projekt „Jahr 1 nach Snowden“, das er gemeinsam mit seinem damaligen Mitbewohner Amon Kaufmann, damals Physik-Student an der HU, gestartet hatte. Im Fokus der in diesem Rahmen organisierten Workshops und Vorträge stand die Frage, was Überwachung in einer westlichen Wertegemeinschaft aus philosophischer, technischer und gesellschaftspolitischer Perspektive bedeutet. Der Andrang sprengte regelmäßig die Kapazitäten der PC-Pools. Im Anschluss entstand ein Sammelband samt Ideen katalog, der seit 2015 im vierten Stock des Grimm-Zentrums einsehbar ist.

„Ich dachte: Wenn ich irgendetwas sichtbar machen will von der ganzen Debatte, dann muss das was sein, womit die Studenten auch täglich arbeiten, und das sind die Computer hier. Deswegen die Forderung nach freien Betriebssystemen als standardisierter Wahlalternative auf den öffentlichen Rechnern“, sagt Hummel. Die Idee für die Initiative gnuHU-linux war geboren. Alle Studierenden sollten die Möglichkeit bekommen, statt unfreier Arbeitsumgebungen auch freie Umgebungen, konkret GNU/Linux, nutzen zu können. 2016 fiel ein erstes Vorführen beim Computer- und Medienservice der HU (CMS) zunächst positiv aus.

Auf Nachfrage erklärt Lutz Stange, Leiter der Abteilung Hard- und Softwareservice im CMS, dass heute dort, wo es sich anbiete, die Entscheidung natürlich auf freie Software beziehungsweise Open-Source-Systeme falle. Das CMS selbst hat den Studierenden in den vergangenen Jahren eine ganze Reihe freier Alternativen zur Verfügung gestellt, darunter die Doodle-Alternative Duddle und ein eigener Messenger-Dienst für alle HU-Angehörigen (siehe Infokasten S. 12). Manche Fachbereiche, etwa die VWL, setzen bereits auf Linux, andere wollen schnellstmöglich auf freie Software umstellen. Das und Gespräche mit Informatiker*innen an der HU zeigt: In den eingeweichten Kreisen hat längst ein Bewusstseinswandel eingesetzt. Viele, die sich mit Informationstechnik auskennen, sind den unfreien Systemen von Microsoft oder Apple gegenüber eher skeptisch eingestellt, da dort Gestaltungsmöglichkeiten fehlen. Trotzdem gab das CMS Hummel auch zu verstehen, dass ohne eine Bedarfsanmeldung von der Studierendenschaft ein so breit angelegtes Projekt wie gnuHU-linux nicht zu machen sei.

Komm mit uns. Wir werden uns gut amüsieren.*

*aus: »Die Wiederholung« von Milo Rau & Ensemble, Konzept und Regie: Milo Rau, Deutschlandpremiere am 1. September
Übrigens: Studenten zahlen bei unseren Vorstellungen nur 9,- Euro. Karten: 030 890023, www.schaubuehne.de

Anzeige

Das Aktivismus Einmaleins

Freie Software auf allen Rechnern, diese Forderung müsste schon von der gesamten Studierendenschaft getragen werden. „Auch wenn ich nicht der Meinung bin, dass freiheitliche Grundwerte von einem Bedarf abhängig sind, fragte ich mich dann: Wie schafft man das?“, so Hummel. Und wieder schritt er zur Praxis. „Zuerst habe ich dann gnUNI-linux geschaffen, eine ideelle Vorlage dafür, was ich an der HU machen wollte. Es ist ein Ideen-Template, wie man an öffentlichen Bildungseinrichtungen freie Software etabliert. gnuHU-linux ist dann als erste konkrete Umsetzung davon abgeleitet“, sagt Hummel. gnUNI-linux kann man als Anleitung für Basisdemokratie an der Uni beschreiben, mit dem Ziel, dort freie Betriebssysteme als Standard-Alternative zu unfreien Systemen zu verankern. Die detaillierte Anleitungen, Grafiken und Vorlagen stehen unter hu.berlin/gnUNI-linux allen Interessierten zu freien Verfügung.

Mit diesem Aktivismus-Einmaleins in der Hinterhand wandte Hummel sich dann Anfang 2017 wieder der HU zu. „Zunächst habe ich überlegt: Naja, was haben wir denn für demokratische Strukturen hier? Fachschaften! Das sind die kleinsten, die wir haben. Dann habe ich über Wochen und Monate diese Fachschaften angeschrieben, und es war wirklich schwer.“

Der Grundstein für eine Software-Revolution ist gelegt

Ein schlappes Jahr verausgabender Überzeugungsarbeit nicht nur in Fachschaften, sondern auch vor dem StuPa und anderen Gremien hat Hummel die Bedarfsanmeldung schließlich gekostet. „Anfangs haben nicht alle den Text der Solidarisierungserklärung gleich durchdringen können. Es musste ganz viel Bildungsarbeit geleistet werden“, sagt Hummel. „Wäre ich nicht lokal in die Fachschaften gegangen, hätte ich nicht die mittlerweile 30 Solidarisierungen bekommen“, meint er.

Mit den Solidaritätserklärungen für gnuHU-linux im Gepäck sprach Hummel dann Mitte Mai 2018 erneut beim CMS vor, wo die Voraussetzung erster Umsetzungsbedingungen für gnuHU-linux besprochen wurden. Auch aus dem Umfeld der HU-Präsidentin kamen einige Wochen später positive Signale, wo vorher noch von Bedarfsmangel die Rede war. Inzwischen hat man Hummel an PeterFrensch verwiesen, den Vizepräsidenten für Forschung an der HU. Für einen Einzelkämpfer ist Roland Hummel ganz schön weit gekommen. Der Grundstein für eine umfassende Software-Revolution an der HU scheint gelegt zu sein. Kann er etwas mit diesem Begriff anfangen: Revolutionär?

Statt von „Revolution“ spricht Hummel lieber mit einem Bachmann-Gedicht von der „Tapferkeit vor dem Freund“. „Die Formulierung bringt uns genau in die Kämpfe, die wir in einer neoliberalen Gesellschaft zu führen haben“, so Hummel. „Meinen Kommilitonen und meinem Professor, die ja nicht meine Feinde sind: Denen muss ich als Freund begegnen und sagen, dass sie etwas nicht genügend demokratisch reflektieren, wenn sie oft unbewusst zur Verbreitung proprietärer Strukturen beitragen. Wir sind alle Opfer einer ‘Get-them-while-they-are-young’-Taktik von Software-Monopolisten, die nicht aus Großherzigkeit ihre Produkte für fünf Euro am Campus verkaufen. Das kann jede*r an sich selbst nachvollziehen. Aber um an den unbequemen Spruch im Hauptgebäude zu erinnern, genügt es nicht, die digitale Welt nur zu verstehen, man muss dann auch anfangen, sie zu verändern.“



Jan Alexander Casper, 22, Geschichte und Amerikanistik

Freie Software an der HU

box.hu-berlin.de
(Dropbox-Alternative)

chat.hu-berlin.de
(XMPP-Chat, WhatsApp-Alternative)

dudle.hu-berlin.de
(Doodle-Alternative)

mahara.hu-berlin.de
(Portfolio-Management)

umfrage.hu.berlin.de
(SurveyMonkey-Alternative)

cms.hu-berlin.de/de/dl/beratung/homepage
(50 GB Webspace für Studierende)

Freie/Unfreie Software

LibreOffice Draw/Adobe Acrobat

LibreOffice/MS Office

Scribus/InDesign

Inkscape/Illustrator

Photoshop/Gimp

OpenShot/iMovie

LineageOS/Android

Friendi.ca/Facebook

Mastodon/Twitter



CC-BY-SA

PORTRAIT/

CLAUDIO PICCOLI

Von Verona nach Berlin: Der überzeugte Kommunist Claudio Piccoli verteilt seit fünf Jahren die Zeitung „Der Kommunistische Kampf“ an den drei großen Berliner Universitäten

Claudio Piccoli genießt seinen schwarzen Kaffee. Wir sitzen im Innenhof des HU-Hauptgebäudes, als er die Maiausgabe des „Kommunistischen Kampfs“ aus seiner lederen Umhängetasche zieht. Auf dem Titel: Karl Marx.

Piccoli, der die Zeitung auch verlegt, verteilt sie an der HU in regelmäßigen Abständen am Mensaausgang zur Dorotheenstraße. Mit seiner sonnengebräunten Haut, den fein geschnittenen weißen Haaren und dem hell gestreiften kurzärmeligen Hemd wirkt er an diesem warmen Maivormittag eher wie frisch aus dem Urlaub zurückgekehrt als auf politischer Mission. Ruhig, aber bestimmt erzählt der 65-jährige Veroneser von seinem Leben als überzeugter Kommunist. Gemeinsam mit seiner damaligen Freundin trat Piccoli mit Anfang Zwanzig in die außerparlamentarische Partei Lotta Comunista ein. Bis heute ist er stolzes Mitglied. Gegründet in den 50er Jahren, ist Lotta Comunista vor allem in italienischen Städten verankert, breitete sich aber auch in Griechenland, Spanien, Russland, Brasilien und – dank Claudio – zuletzt auch in Deutschland aus.

Im Gegensatz zu ihren kommunistischen Schwesterparteien rief die Lotta Comunista niemals zu den Waffen. Der gelernte Krankenpfleger Piccoli erklärt, dass die wahre Revolution nur dann stattfinden könne, wenn die Gesellschaft die Lehren des Marxismus und Leninismus wirklich verinnerlicht habe. Ansonsten sei die Revolution zum Scheitern verurteilt, so wie in der Sowjetunion oder in China. Da der Kapitalismus automatisch Kriege und Krisen in sich trage, müsse man diese Zeitfenster abwarten, um eine Revolution möglich zu machen.

„Das hat viel mit Massenpsychologie zu tun“, sagt Piccoli, der das revolutionäre Potential von Massen als einer der Führer der an die sechs Millionen Mitglieder starken italienisch-kommunistischen Gewerkschaft CGIL kennengelernt hat. Bis zur Revolution wolle er mit friedlichen Mitteln die Lehren von Marx und Lenin verbreiten und stehe bei der nächsten Krise, zusammen mit seinen Parteikollegen, als „revolutionärer Experte“ zur Verfügung.

Frisch pensioniert, entschied sich Piccoli, alleine nach Berlin zu kommen, um seine Partei auch in Deutschland aufzubauen und einen revolutionären Expertenkreis zu gründen. Das war vor fünf Jahren. Seitdem verteilt er den „Kommunistischen Kampf“. Für Piccoli war es Ehrensache, die Streikenden vom TV-Stud zu unterstützen: „Junge Deutsche sind streikunfähig, weil es ihnen ökonomisch besser geht als ihren Kollegen in südeuropäischen Ländern. Trotzdem sehnen sie sich nach einer gerechten Gesellschaft und diskutieren gerne über Politik und Philosophie“. Sich friedlich auszutauschen, ist Piccolis Ziel. Auch wenn man unterschiedlicher politischer Meinung sei, könne man sich trotzdem die Hand geben und als Freunde auseinandergehen.

Alma Gretenkord,
Europäische Ethnologie, 26



Mariella Manhardt

PARLAMENTSREPORT

Der Sommer im StuPa war geprägt von einer emotionalen Debatte um Transparenz, Wahlbeteiligung und das Selbstverständnis der verfassten Studierendenschaft.

Neues Gremium

Auf Betreiben von LinksGrünVersifft (LGV) und Jusos wurde im Mai die Einrichtung eines Gremiums mit Vertreter*innen aller Listen beschlossen. Dort sollen Intransparenzvorwürfe überprüft und Verbesserungsvorschläge zur studentischen Beteiligung erarbeitet werden. Bevor das Gremium mit großer Mehrheit beschlossen wurde, hatte eine Koalition rund um Power of Science (PoS) ohne Erfolg den Antrag „Partizipative Studierendenschaft“ eingebracht. Darin forderten sie unter anderem, Referatswahlen mit mehr Öffentlichkeitswirksamkeit anzukündigen. Vonseiten des RefRats hieß es, Maßnahmen zur Erhöhung der Wahlbeteiligung müssten vor allem durch die Listen getragen werden, die einen Auftrag zur politischen Willensbildung haben.

Alter Streit

Wie bei vergangenen Transparenzträgen wurde dem PoS-Antrag AfD-Nähe vorgeworfen, insbesondere durch International Youth and Students for Social Equality (IYSS). Die AfD war dem StuPa zuvor mit Anfragen im Berliner Senat feindselig entgegengetreten. Die Kritik von AfD-Abgeordneten zielte teilweise auf intransparente Praktiken im StuPa und RefRat ab. Dazu sagten Vertreter*innen von LGV, es sei lächerlich, dass man das Thema Transparenz nicht aufgreifen könne, ohne als „Saatgutboden der AfD“ bezeichnet zu werden. Für Kim Greis (PoS), sind die AfD-Vorwürfe, die im Vorfeld der Juni-Sitzung weiträumig auf Plakaten standen, „ein Schlag ins Gesicht“ derer, die sich um transparentere Verhältnisse im StuPa bemühen.

Mehr Geld

Die Transparenzdebatte blieb nicht das einzige Thema. Die Chorfahrt der Charité wurde mit 1500 Euro bezuschusst. Zudem wurden Mittel für die technische Ausstattung der Röhre im „Mops“ (Adlershof) von bis zu maximal 5000 Euro bewilligt. Weitere Gelder flossen an Studierenden-Initiativen wie „Generation Nachhaltigkeit“ oder den FSR Klassische Archäologie. Einem Bericht des BAföG-Büros zufolge werden die Beratungsangebote des RefRats immer stärker nachgefragt und brauchen mehr Unterstützung. Auch deswegen hatte das Finanzreferat einen Antrag zur Erhöhung des StudentInnenschaftsbeitrags von 8,50 auf 9,90 Euro eingebracht. Anfang Juli hat sich das StuPa schließlich auf eine Erhöhung auf 9,75 Euro geeinigt.

Alma Gretenkord, 26,
Europäische Ethnologie
Jan Alexander Casper, 22,
Geschichte und Amerikanistik

GEBÄUDE DER HU/

TEMPORÄRES AUDIMAX

Pragmatismus first, Ästhetik second

„Alles scheiße“ lautet die Reaktion zum neuen Audimax, wenn man Mediziner*innen, die ihre Isolation auf dem Virchow-Campus verteidigen wollen, fragt. Der provisorische Zweckbau auf dem Charité-Gelände Platz nehme nicht nur Platz zum Sonnen und Fußballspielen, auch gebe es „nun keine Möglichkeit mehr, den Juristen aus dem Weg zu gehen“, schimpft Simon*.

Normalerweise ist der Charité-Campus ein Idyll mitten im Großstadtdschungel. Vogelgezwitscher übertönt S-Bahn-Lärm, ein plätscherndes Bächlein ersetzt Touristenströme. Doch zu Beginn des Sommers sind dunkle Wolken über dem Paradies aufgezogen: Dessen Herzstück, die Anatomiewiese, ist seit Semesteranfang besetzt.

Da Audimax und Kinosaal des Hauptgebäudes in den kommenden zwei Jahren grundsaniiert werden, steht dort jetzt als „temporäre Lösung“ ein riesenhaft großer weißer Container. Von einem architektonischen Stilbruch zu sprechen, wäre untertrieben. Betreten muss man den Container durch automatische Glastüren, der größte Luxus des Gebäudes. Von innen hält der Klotz, was er von außen verspricht: Pragmatismus first, Ästhetik second.

Es riecht nach Teppich und schlechter Luft, Fenster gibt es keine. Immerhin die alten Sessel aus dem Kinosaal haben es bis hierhin geschafft, mittelmäßige Sitzqualität inklusive. Aber: Platz ist da, die Technik funktioniert, sogar die Klimaanlage.

Die ausgesiedelten Jurist*innen geben sich weitgehend zufrieden: „Absolut nicht schlimm“, findet Klara die neue Situation. Der riesige Container ist ihrer Meinung nach sogar eine Verbesserung zum Audimax. Trotz einiger lautstarker Beschwerden haben sich auch die meisten Medizinstudierenden mit dem Container arrangiert: „Ich freue mich über schicke Juristen“, sagt Larissa schmunzelnd.

Der Container weckt gemischte Gefühle. Konsens besteht in einem Punkt: „Hässlich“ sei er. Es bleibt die Hoffnung, dass aus der „temporären Lösung“ keine dauerhafte wird.

*Name von der Redaktion geändert
Anna Lindemann, 20, Sozialwissenschaften



DREI FRAGEN AN: KAROLIN ROHNE VON NICHT-PASSIV.DE

Karolin Rohne (31, Sozialwissenschaften) hat gemeinsam mit Svea Komm das Informationsportal nicht-passiv.de ins Leben gerufen

Warum ein Info-Portal zur StuPa-Wahl?

Bei der StuPa-Wahl 2017 habe ich nicht gewählt und mich danach tierisch darüber geärgert. Es lag einfach daran, dass ich die Wahl nicht mitbekommen hatte. Wir fanden es wichtig, dass die Studierenden die Möglichkeit haben, sich zu informieren, wer sie im Parlament repräsentieren will. Viele wissen nicht, was der RefRat ist oder was das StuPa macht, obwohl beide einen gewissen Handlungsspielraum haben und viele sinnvolle Projekte machen, etwa den Kinderladen.

Wie stellt man sowas an?

Zunächst haben wir den studentischen Wahlvorstand angesprochen, bei dem die Idee gut ankam. Danach schrieben wir die verschiedenen Listen an, um Inter views zu organisieren. Auf den Namen für das Projekt, „nicht-passiv.de“, sind wir

dann durch einen Artikel des Tagesspiegel-Kolumnisten George Turner gekommen. Dort hat er den Studierenden vorgeworfen, zu passiv zu sein und sich nicht genügend für die Vorgänge an ihrer eigenen Hochschule zu interessieren.

Ihr stellt etwa zwei Dutzend Listen auf eurem Portal vor. Wie kamt ihr an die Infos ran?

Die Recherche war ziemlich aufwendig, vor allem, den Kontakt zu den verschiedenen Gruppen aufzubauen. Einige hatten sich gerade erst neu gegründet, aber auch bei den älteren Listen mussten wir teilweise lange auf eine Antwort warten, oder es kam gar keine. Was ich zum Teil verstehen kann, schließlich machen die das auch nur ehrenamtlich. Die Verbindungen konnten wir dann oft doch noch herstellen, indem wir unter anderem Personen aus Wahllisten recherchiert, Fachschaften angeschrieben und einmal vor dem StuPa vorgesprochen haben. Das Ganze war sehr stressig, hat aber auch Spaß gemacht.

Fabian Peckelsen, 22,
Geschichte und Europäische Ethnologie

AUS OST MACH WEST

Nach dem Mauerfall wurde die größte Uni der DDR trotz massiven Widerspruchs radikal umstrukturiert. In der Humboldt-Universität erinnert nur noch wenig an ihr Ostberliner Erbe. Die Unileitung findet das alles ganz „exzellent“. Erinnerungen an einen gescheiterten Protest

Nach der Wende war das Studium vieler Ostberliner Studierenden plötzlich nichts mehr wert. 1991 entlud sich ihr Ärger in einem Protestmarsch nach Leipzig. Auf den Plakaten stand: „Wessis und Osis haben die BRD nur unterschiedlich interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern.“ Das Programm der Westberliner Regierung für die Humboldt-Uni, ehemals die größte Universität der DDR, lautete aber: Erneuerung, Anpassung und Abwicklung.

Nach dem 9. November 1989 änderte sich zunächst nicht viel im Ostberliner Unibetrieb. Das Semester ging weiter: Die Wende machte sich nur anhand verringerter Studierendenzahlen bemerkbar. Viele zog es an die Freie Universität, die vorher im unerreichbaren Westen lag. Erst 1990 ging die Umstrukturierung richtig los, mit einer neuen Regierung und dem Projekt „Wiedervereinigung“, das vor allem die Assimilation des Ostens in den Westen meinte.

Besonders hart bekam das die HU zu spüren. Unter Wissenschafts- und Forschungssenator Manfred Erhardt wurde die Bildungslandschaft Ostberlins schnell unter Kontrolle der Westberliner Politik gebracht. Die HU passte man als einzige Ost-Universität sofort an das Westberliner Hochschulrahmengesetz an, während in den neuen Bundesländern ganz neue Hochschulgesetze geschrieben wurden.

Die Neugestaltung ging weit über das Ausmaß von Reformen wie Bologna hinaus. Als ideologisch „besonders belastete Fächer“ wurden Philosophie, Wirtschaft und Geschichte komplett umgekrempelt. Der Journalist Ulrich Miksch hat 1990 sein Philosophiestudium an der HU aufgenommen, mitten im Umschwung und inmitten der ersten Protestwellen.

„Durch ihre Proteste hatten die Studierenden keine wirkliche Änderung erreicht. Das Einzige, was im Hochschulrahmengesetz umgeschrieben wurde, war der Satz ‚Es gibt zwei Berliner Universitäten‘. Denn nach der Wende waren es drei“, sagt Miksch.



Illustration: Michael Weinlein

Wer Tierarzt werden wollte, konnte das nur noch im Westen

Der große Umbruch machte sich für die meisten, genau wie bei Miksch, zuerst im Lehrplan bemerkbar. An der HU fiel das Fach Marxismus/Leninismus weg, Sport war kein Pflichtfach mehr, Russisch für alle wurde abgeschafft. Danach erst nahm der Abwicklungsprozess volle Fahrt auf. Westberlin stellte Forderungen: Staatstragende Fachbereiche wie Rechts-, Erziehungs-, und Wirtschaftswissenschaften mussten umstrukturiert, die SED- und stasibelasteten Professor*innen ausgetauscht, die Beschäftigungsverhältnisse der wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen befristet werden.

Verträge wurden ungültig, mit dem Ziel, Stellen neu ausgeschrieben zu können. Alte Mitarbeiter*innen sollten sich in Konkurrenz mit Wissenschaftler*innen aus der ganzen Welt neu auf ihre alten Stellen bewerben.

Im Senat war man sich zu Beginn der Neunziger einig, dass Berlin sich eigentlich keine drei Universitäten (HU, FU, TU) mehr leisten konnte. Deswegen begann man mit dem Abbau von Doppel- und Mehrfachangeboten, der auch West-Unis betraf. HU-Orchideenfächer wie Judaistik oder Hebräisch wurden komplett gestrichen.

Tierarzt Hans-Peter Neumann hat 1988 sein Studium der Veterinärmedizin an der Humboldt-Universität begonnen. 1995, in seinem Abschlussjahr, durfte er sich noch aussuchen, ob HU oder FU auf dem Zeugnis stehen sollen. Drei Jahre zuvor hatte das Berliner Abgeordnetenhaus das so genannte „Fusionsgesetz“ verabschiedet, wonach mit einer Übergangsfrist von fünf Jahren die Veterinärmedizin ausschließlich an der FU angesiedelt werden sollte.

Neumann und die meisten anderen seines Jahrgangs entschieden sich für ihre alte Alma Mater HU. Danach wurde ihr Studiengang an der HU eingestellt und nur noch an der FU unterrichtet. Wer Tierarzt werden wollte, konnte das nur noch im Westen.

Die gravierendsten Folgen hatte das für die Mitarbeiter*innen des geschlossenen Ost-Instituts. „Viele der Professoren sind in Rente gegangen, manche in andere Städte. Aber sie sind ja nur die Spitze des Eisbergs, den ganzen Mittelbau an wissenschaftlichen Mitarbeitern der HU hat es viel härter getroffen. Großartige Forscher wurden dann Kuhdoktor, weil es ihnen oft nur übrigblieb, wieder als praktischer Tierarzt zu arbeiten“, erinnert sich Neumann.

Die „Streik-Aufgefordert“

Die Veterinärmediziner*innen waren unter den ersten, deren Institut geschlossen wurde. Den Geisteswissenschaftler*innen der HU blieb mehr Zeit, um auf die Umstrukturierungen zu reagieren. Am 6. Dezember 1993 brachte die UnAuf gemeinsam mit dem studentischen Aktionsrat, dem StuPa-Vorgänger, ein Sonderheft heraus.

Die „Streik-Aufgefordert“ war ein Aufruf zum Protest: Fünf Ausgaben erschienen aufeinanderfolgend im Dezember 1993. Die Studierenden forderten Fachschaften, Beteiligungen an den Hochschulgesprächen der Politiker*innen und wollten eigenständig am neuen Lehrplan mitwirken. Das Hochschulrahmengesetz der Westregierung war ihnen ihrer Meinung nach ungefragt aufgedrängt worden. „Der Westen hatte für das Studium in der DDR das abfällige Wort ‚verschult‘“, sagt Neumann. „Das bedeutete eigentlich nur, dass man nicht anonym in überfüllten Hörsälen saß oder dass es dem Professor nicht total egal war, ob du beim Seminar anwesend warst oder nicht. In der DDR war das ganz anders.“ Feste Seminargruppen mit Anwesenheitspflicht und viel kleineren Studierendenzahlen seien vor der Wende üblich gewesen, so Neumann.

„Wir mussten praktische Stunden nachweisen, was bei West-Studentenzahlen utopisch war. Theoretisch hatten wir eine intensivere Ausbildung, was ich als Vorteil sehen würde, aber im Westen wurde das als unfrei dargestellt“, sagt Neumann. Student*innen mit 36 Semestern habe es in der DDR nicht gegeben. „Wenn du deine Regelstudienzeit nicht eingehalten hast, bist du rausgeflogen“, schließt er.

Trotz der Proteste wurde das Westberliner Hochschulrahmengesetz in den Jahren nach dem Zusammenbruch der DDR einheitlich durchgesetzt.

Wo die einen Fächer gestrichen wurden, hat man in andere investiert. Geschichte, Jura oder die Wirtschaftswissenschaften wurden erst in den Neunzigern zu den renommierten Institutionen, die sie heute sind. Zu Ost-Zeiten hatte die HU nur etwa 10 000 Studierende. Einige Jahre nach der Wende waren es um die 30 000, womit sie mit den beiden West-Unis mithalten konnte.

„Trotz aller Schwierigkeiten, die der Vereinigungsprozess mit sich brachte, hat die HU in einem außergewöhnlichen Umstrukturierungsprozess hervorragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Ost und West, dem In- und Ausland gewinnen können. Infolge der Erfahrungen mit ihrer Selbsterneuerung nach 1989 versteht sich die Humboldt-Universität heute als Reformuniversität im Zeichen der Exzellenz“, heißt es heute in der Selbstdarstellung der HU.

Trotz einer Geschichte massiven Personalabbaus und aufgezwungener Reformen: Die Universitätsleitung blickt positiv auf die Wendejahre zurück. So sehen es viele, die damals nicht dabei gewesen sind.

Sophie Neumann, 18,
Deutsche Literatur und Germanistische Linguistik



DIE UNI STEHT STILL, WENN DEIN STARKER ARM ES WILL

Nach wochenlangen Streiks gab es Ende Juni einen Kompromiss zwischen Arbeitgeberverbänden und Studierenden. Bis 2022 sollen unter anderem die Löhne auf knapp 13 Euro angehoben werden, zudem gibt es fünf Urlaubstage mehr. Das Bündnis um den Tarifvertrag der studentischen Beschäftigten (TV-Stud) konnte damit nicht alle, aber viele wichtige Forderungen umsetzen. Mitte Mai gewährte uns TV-Stud-Sprecherin Franziska Hamann-Wachtel einen Blick hinter die Streik-Kulissen, zu einer Zeit, in der noch nichts sicher war

UnAuf: Ein Riesenhaufen naturgemäß schwer zu organisierender studentischer Beschäftigter, schleppende Verhandlungen; wie sieht es hinter den Kulissen des TV-Stud aus?

Franziska Hamann-Wachtel: Die Leute, die wir organisieren, sind ja schon sehr außergewöhnlich: Leute, die zu 100 Prozent Teilzeit und zu 100 Prozent befristet arbeiten. Das ist ja auch nicht für so viele Berufsgruppen normal. Dann studieren wir natürlich auch noch - das kommt ja alles so ein bisschen zusammen. Und man muss auch sehen, dass nicht nur wir das jetzt zweieinhalb Jahre machen, sondern auch die Gewerkschaften (GEW und ver.di, Anm. d. Red.), und das ist glaube ich auch für eine Tarifikampagne erstmal eine gewisse Zeit, wo auch Ressourcen gebunden werden müssen. Sicherlich haben wir alle, das trifft sicherlich nicht nur auf die Gewerkschaften zu, unterschiedliche Meinungen. Wir versuchen die natürlich immer sinnvoll zu bündeln, aber manchmal hat das eben auch zu unterschiedlichen Aussagen geführt.

UnAuf: Welche Erfolgchancen rechnest du dir für den Abschluss eines Tarifvertrags aus, der eure Forderungen berücksichtigt?

Hamann-Wachtel: Ganz klar ist, dass der Streik ein Indikator dafür sein wird, wie erfolgreich wir sein können, da ist natürlich auch immer hilfreich, wenn sich generell Studierende anschließen, aber sicher sind wir auch auf unsere Kolleg*innen angewiesen. Aber zwei unserer zentralen Forderungen sind noch nicht erfüllt und das ist erstens: Es gibt immer noch keine sinnvolle Lösung, wie wir für die Zukunft vermeiden können, dass wir weiter abgekoppelt werden, also es gibt immer noch keine Lösung für eine sinnvolle Anbindung an die anderen Beschäftigten der Hochschulen, an den TV-L (den Tarifvertrag des Landes, Anm. d. Red.). Und auch bei der Lohnforderung: Wir haben uns da natürlich schon aufeinander zubewegt, aber so lange wir unterschiedliche Arbeitsbedingungen haben werden mit der TU, die schon aktuell 12,50€ bezahlt, so lange werden wir wahrscheinlich keinen sinnvollen Abschluss finden. Wir wollen, dass einigermaßen schnell die Lücke zugemacht wird zwischen den zwölf Unis und Hochschulen und der TU.

UnAuf: Welche Positionen sind euch neben der Lohnerhöhung besonders wichtig?

Hamann-Wachtel: Also beim Lohn ist es schwierig, aber sie wollen uns auf jeden Fall beim Urlaub mit den anderen Beschäftigten gleichstellen, also 30 Tage Urlaub ist für sie (die Verhandlungspartner, Anm. d. Red.) in Ordnung. Wir haben auch bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall Fortschritte erreicht, da sind sie jetzt gewillt, vier Wochen länger zu zahlen, das heißt studentische Beschäftigte quasi einen Monat länger vor dem finanziellen Ruin zu sichern. Normalerweise sind es sechs Wochen für alle Beschäftigten. Die Sonderstellung von studentischen Beschäftigten ist, dass sie kein Krankengeld erhalten wie alle anderen, da sie als Studierende krankenversichert oder über die Familienversicherung versichert sind und da hat man natürlich nach sechs Wochen gar nichts mehr, wohingegen andere nach sechs Wochen Krankengeld bekommen und da wollen wir eine Verlängerung. Natürlich hatten wir 14 Forderungen und da sind aber noch manche, die noch nicht wirklich besprochen wurden, wie Sonderurlaub oder Obergrenzen für Tutorien. In den vielen Verhandlungsrunden haben wir uns also erstmal um die monetären Aspekte gekümmert.

Sarah Beudt, 21, Sozialwissenschaften

MONITOR/

STREIK, KRITIK, BEDENKEN

TV-Stud-Streik erfolgreich

Am 28. Juni kam es zur Einigung im studentischen Tarifstreik. Nach ausgedehnten Streikaktionen sollen nun die Löhne bis 2022 schrittweise von aktuell 10,98 auf 12,96 Euro angehoben werden. Zu den Verhandlungserfolgen, die das Bündnis um den TV-Stud zusammen mit GEW und ver.di erreicht hat, gehört unter anderem auch die Erweiterung der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall. „Dass ein verbesserter Tarifvertrag in einem langen Kampf durchgesetzt werden konnte, ist einzig und allein der Verdienst von hunderten Aktiven, die diese Bewegung über Jahre aufgebaut haben, der Tarifkommission, die sich nicht hat zermürben lassen und natürlich der Streikenden, die den Protest in den letzten Wochen und Monaten in der Stadt unübersehbar gemacht haben,“ sagte Matthias Neis (ver.di).

Neues Islam-Institut in der Kritik

An der HU soll ein Institut für Islamische Theologie entstehen. Die religionsbezogene Kompetenz in Gesellschaft und Wissenschaft sei zu stärken, heißt es dazu aus der Uni. Dem Institut schlägt bereits vor der Eröffnung Kritik entgegen. Im Fokus steht dabei die Zusammensetzung des theologischen Beirats, in den drei konservative Islam-Verbände einziehen sollen. Der Beirat kann die Berufung unliebsamer Professor*innen verhindern. Von Studierendenseite wurde im Akademischen Senat die Erweiterung um liberale Islamverbände gefordert, anderenfalls fürchte man etwa die Ablehnung Homosexueller.

GLOSSAR/

REVOLUTION

Auf über 9000 Seiten erläutert das Lexikon der Geschichtlichen Grundbegriffe die wichtigsten Schlagwörter der westlichen Kultur zwischen europäischer Antike und transatlantischer Moderne. Unser neuzeitlicher Revolutionsbegriff, heißt es da, deckt zwei Erfahrungsbereiche ab: Erstens die mit Gewalt verbundenen Unruhen eines Aufstandes, der einen Verfassungs- oder Systemwechsel herbeigeführt hat. Zweitens bezeichnet er einen langfristigen Strukturwandel, der aus der Vergangenheit in die Zukunft reicht.

„Revolution“ kommt von „revolvere“ (lateinisch für zurückdrehen). Dieser Begriff hat sich im spätantiken Christentum gebildet und bezeichnete das „Wegwälzen des Steins vorm Grabe Christi“. Im Mittelalter wurde der Begriff im astronomischen Zusammenhang verwendet und meinte vor allem die Umdrehung der Gestirne um die Erde. Mit den Phrasen *revolutio anno* (nach Ablauf eines Jahres) und *revolutio mundi* (Weltumkehrung) erhielt der Begriff die zeitlich-räumliche Prägung, die

Datenschutz-Bedenken bei Bereitstellung von RefRat-Namen

Das HU-Präsidium verlangt laut Pressestelle seit Anfang Mai die kontinuierliche Vorlage einer Liste mit den Namen der aktuellen Referent*innen durch den RefRat. Finanzreferent João Fidalgo erklärte gegenüber der UnAuf, dass die Forderung des Präsidiums auf einer bereits 2014 unterschriebene Verwaltungsvereinbarung basiere. Darin sei eine semesterweise Übermittlung der Namen geregelt gewesen. Dieser Regelung sei man anfangs nachgekommen, bis die Unileitung die Namen nicht mehr angefordert habe. Bereits vor Mai habe der RefRat seine Bereitschaft erklärt, die Übermittlung der Namen wieder aufzunehmen. Davor sollten aber datenschutzrechtliche Bedenken aus dem Weg geräumt und Fragen, etwa zu Speicherszeiträumen, geklärt werden. Darauf sei das Präsidium bisher nicht eingegangen. Man sei an einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Unileitung interessiert, erwarte aber auch die Zusicherung von Datenschutz.

Alma Gretenkord, 26,
Europäische Ethnologie
Jan Alexander Casper, 22,
Geschichte und Amerikanistik

unser modernes Verständnis bestimmt. Als politischer Begriff tritt „Revolution“ erstmals 1348 in Florenz in Erscheinung. Die Chronisten Giovanni und Matteo Villani beschrieben damit Umstürze in verschiedenen italienischen und französischen Städten und meinten politische Veränderung im Allgemeinen. Obwohl bereits um 1500 eingedeutscht, wird die „Revolution“ erst nach der Französischen Revolution für den deutschsprachigen Raum wirklich bedeutsam. Spätestens der Europäische Frühling 1848 markiert als Zäsur den Übergang von einer überwiegend geschichtsphilosophischen zu einer politischen Deutung. „Revolution“ wird seitdem zunehmend unter der Kategorie „Gefahr“ verbucht: Stichwort „Gespenst des Kommunismus“. In den letzten Jahren wurden wir wieder Zeug*innen eines Bedeutungswandels. Revolution wird heute meistens synonym mit langfristigem Strukturwandel verwendet, zum Beispiel bei der Grünen oder der Digitalen Revolution.

Jan Alexander Casper, 22,
Geschichte und Amerikanistik

DAS LAND DER BEGRENZTEN MÖGLICHKEITEN

Ein Besuch an der University of Chicago verdeutlicht, dass Bildungschancen in den USA noch immer von Geldbeutel und Hautfarbe der Eltern abhängig sind. Protest können sich nur wenige leisten

Ein grauer Märzorgen in Chicago. Es ist sieben Uhr, als ich zu meiner Cousine Rebecca und ihrem vierjährigen Sohn ins Auto steige. Unser Ziel: Die University of Chicago, eine der renommiertesten Hochschulen des Landes und Rebeccas Arbeitsplatz. Seit 2005 ist sie dort Professorin am Orientalischen Institut. Es geht am Lake Michigan entlang, dann verlassen wir über den Highway 41 den Norden der Stadt mit seinen großbürgerlichen Wohnhäusern, streifen Downtown Chicago und die ikonischen Wolkenkratzer, bis wir den Stadtteil Woodlawn erreichen. „Hier gehe ich nie mit Lucas spielen, es ist zu gefährlich“, erklärt Rebecca und zeigt auf einen Spielplatz, bevor wir die Uni erreichen. „Zu viele Drive-by shootings.“

Wie ein UFO liegt der Campus der elitären University of Chicago in unmittelbarer Nähe zur berühmten South Side. In sicheren Händen wähnt Rebecca ihren Sohn nur im universitätseigenen Kindergarten, der dank Mitarbeiterrabatt „nur“ 1200 Dollar im Monat kostet. „Trotzdem viel zu teuer“, stöhnt Rebecca und schüttelt den Kopf.

In Chicago wird deutlich, wie stark der Geldbeutel und die Hautfarbe der Eltern die Zukunft eines US-Kindes beeinflussen. Ein Studium an der Uni kostet hier insgesamt etwa 75 000 Dollar – das können sich vor allem Wohlhabende leisten, zu denen in den USA immer noch hauptsächlich die weiße, angelsächsische Bevölkerung gehört. Fast die Hälfte der Studierenden sind weiß, nur ungefähr fünf Prozent schwarz. Die Uni-Nachbarschaft, Woodlawn, ist zu 85 Prozent schwarz. Die Aufstiegschancen eines jungen Schülers, mal in die Elite-Uni nebenan zu gehen? Sehr gering. Das liegt auch daran, dass die öffentlichen Bildungseinrichtungen in den USA – von der Kita bis zum Community College – vor allem über die lokale Grundsteuer finanziert werden. Auf ärmliche Häuser werden wenig Steuern gezahlt, und so fließt auch wenig Geld in die lokalen Bildungseinrichtungen. Kinder müssen in ihrem Viertel zur Schule gehen, als Alternative bleibt nur die private Einrichtung.

Wie es mit dem Engagement amerikanischer Studierender aussieht, möchte ich von Christina Uzzo, Mitglied des Student Government der University of Chicago wissen. Wir treffen uns im neu eröffneten Café Logan. Christina ist weiß, so wie alle anderen Gäste im Café – schwarze Bedienungen reichen uns den Kaffee. „Es gibt viele Arten von studentischem Protest“, erklärt Christina. „Es gibt Gruppen, die sich gegen Rassismus wenden, für eine staatliche Krankenversicherung einstehen und gleiche Bildungschancen für alle fordern. Mir persönlich ist das Klima besonders wichtig. Ich setzte mich dafür ein, dass die Universität ihr Stiftungsvermögen von sechs Milliarden Dollar nicht in Fonds anlegt, die in fossile Brennstoffe investieren – bisher leider ohne Erfolg, ich wurde immer abgewimmelt.“

Christina macht klar, dass langfristiges Engagement an der Uni schwierig sei, da der Druck, das Studium aufgrund der hohen Gebühren schnell durchzuziehen, enorm groß sei. Zudem durchlebten die US-Amerikaner*innen „verrückte Zeiten“. Selbst wenn Studierende und Professoren Misstände kritisierten, fänden diese Ideen keinen Anklang in der breiten Gesellschaft. Trump sei nur die Spitze des amerikanischen Eisbergs aus Antiintellektualismus. Zu lange hätten Liberale und Akademiker den „gemeinen Amerikaner“ von oben herab behandelt – jetzt räche sich diese Arroganz. Außerdem gelte noch bei vielen Amerikaner*innen das Narrativ, dass es jeder aus eigenem Antrieb schaffen könne. Warum dann für die Bildung eines Anderen zahlen? Die sollen sich einfach mehr anstrengen.

Christina erkennt an, dass die Vereinigten Staaten kein Ort der unbegrenzten Möglichkeiten sind. Trotzdem verliert sie nicht ihren Optimismus, den sie aus ihrer liberalen Heimatstadt in Nordkalifornien mitgebracht hat. „Gerade Trump und seine Anhänger haben bei vielen jungen Menschen zu verstärktem politischem Engagement geführt“, so die junge Klimaaktivistin, bevor wir uns verabschieden. „Ich werde nicht aufhören, mich für eine gerechtere Gesellschaft einzusetzen.“

Alma Gretenkord, 26, Europäische Ethnologie



Illustration: Mariella Manhardt

STUDIUM AUF REZEPT

Ein neues Hochschulgesetz in Frankreich sorgt für Proteste

Leere Hörsäle, volle Straßen - in Frankreich herrschte zu Beginn des Sommersemesters Ausnahmezustand. Neben zahlreichen Generalstreiks, die sich gegen Macrons angestrebte Liberalisierung der Wirtschaft richteten, protestierten viele Studierende gegen eine Hochschulreform, die seit März beschlossene Sache ist.

Im Mittelpunkt der umstrittenen Hochschulreform vom 8. März stand die Neuausrichtung der Studienplatzvergabe. Ein Online-System soll mithilfe eines personalisierten und aufwändigen Auswahlprozesses evaluieren, welches Studienfach am besten zu den Studieninteressierten passt. Eine schriftliche Begründung für zehn Wunschfächer sowie ein Begründungsschreiben der Schule sollen für eine bessere Verteilung der Studienanfänger*innen sorgen. Die endgültige Entscheidung über die Aufnahme der Studierenden in ihr Wunschfach soll bei den Hochschulen liegen. Das stößt auf Widerspruch.

Louise Buffetrille kennt sich aus im französischen Bildungssystem. Sie hat drei Jahre lang in Montpellier studiert und sieht die Entwicklungen kritisch: „Vor der Reform konnten Studierende direkt nach der Schule in die Uni und konnten sicher sein, einen Platz zu bekommen“. Mit dem neuen Gesetz würden die Schüler*innen auf ihre Schulnoten reduziert. In ihren Augen stellt das eine Einschränkung der Bildungsfreiheit dar: „Jede*r sollte ihr oder sein Wunschfach wenigstens ausprobieren dürfen. Jetzt liegt die Entscheidung nicht mehr bei den Schüler*innen.“

Thomas Lehmann hingegen befürwortet das neue Gesetz. Der gebürtige Franzose hat En Marche Berlin mitbegründet und an der Humboldt-Universität studiert. „Die Leute protestieren, weil sie denken, dass das neue Gesetz ein Auswahlverfahren einführt, obwohl das nicht stimmt. Sie sagen, wir haben ein egalitäres System, in dem alle zur Uni gehen können. Fakt ist aber, dass es in Fächern wie Jura zu Überkapazitäten kam.“ Längst nicht alle Studierenden konnten so ihre Wunschfächer belegen.

Lehmann verweist auch auf andere Defizite: „Wir haben in Frankreich eine Durchfallquote von 60 Prozent, weil die Studenten nicht wissen, was das Studium voraussetzt“, so Lehmann. Eine bessere Aufklärung würde die Schüler*innen auf dem Weg in ein erfolgreicherer Studium unterstützen.

Im Frühling wehte ein Hauch von 68 durch die Straßen von Paris. Buffetrille ging selbst bereits vor zwei Jahren auf die Straße, als Überkapazitäten durch Losverfahren gelöst werden sollten. Sie plädiert für demokratische Lösungen und beklagt bei dem Eingreifen der Polizei: „Sie lösen die Proteste ohne Grund auf, obwohl die Studierenden das Recht haben, zu streiken. Die Polizei startet sehr oft mit Gewalt und manche der Studierenden reagieren dann natürlich auch mit Gewalt.“

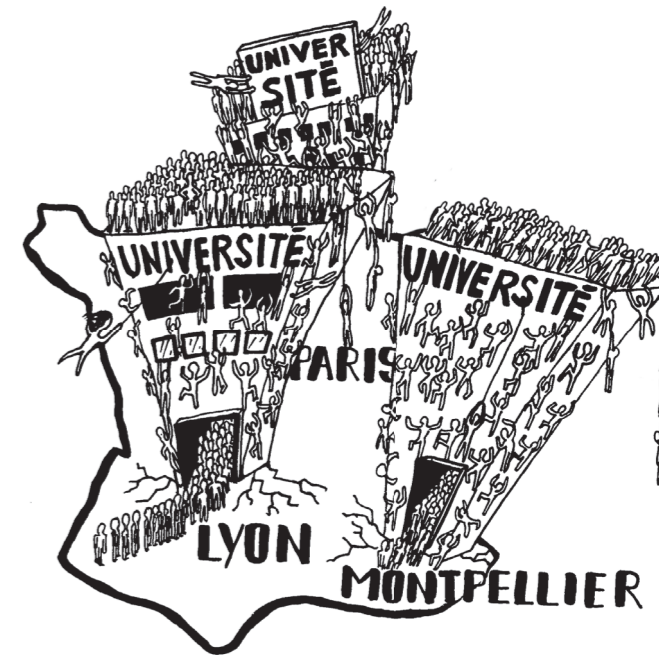


Illustration: Linda Zimmermann

Thomas Lehmann sieht das Grundproblem in der politischen Kultur an französischen Unis: „Die studentischen Organisationen in Frankreich sind politischer und organisierter als in Deutschland, die extreme Linke ist auch dahinter“. Er versteht die Proteste als überspitzte Form politischen Aktivismus: „Ich kann die Studenten schwer verstehen, wenn sie nur wegen des Hochschulgesetzes protestieren. Ich glaube, es steckt mehr dahinter.“ Er berichtet von Sachbeschädigungen und dem Verschwinden von Hochschulmaterial in Paris. „Das ist ein sehr aufgeladener Protest, der sich auch nicht lohnt, weil das Gesetz schon beschlossene Sache ist.“

Wie bereits vor knapp 50 Jahren gingen die Studierenden in ganz Frankreich auf die Straße, mitten in der Prüfungsphase wurden Unis besetzt. Doch während einst zehntausende Menschen aus Protest den Hörsaal verließen, handelt es sich heute um eine klare Minderheit. „Die Studenten von 68 haben für die Emanzipation des Individuums in der Gesellschaft protestiert und heute sehe ich nur einen politischen Aktivismus, der wenig mit Freiheit zu tun hat“, meint Thomas Lehmann. Louise Buffetrille kritisiert die Medien, die mit 68er-Vergleichen Schlagzeilen machen, anstatt das große Ziel zu beleuchten: Die Bekämpfung des elitären Zwei-Klassen-Bildungssystems – ein Problem, das weit über die Studienplatzvergabe hinausgeht.

Gabriel Rinaldi, 20, Sozialwissenschaften

„STUDI- RENDE KÖNNEN IMMER ETWAS BEWEGEN“

Rahel Jaeggi über Studierende zwischen Theorie, Praxis und prekärer Arbeit

200 Jahre Karl Marx und 50 Jahre 68. Können Studierende heute daran anknüpfen? Wie aktuell ist Marx? Und ist SPD-Politiker und Reedereierbe Erck Rickmers der richtige Partner für solche Fragen? Ein Gespräch mit Dr. Rahel Jaeggi, Professorin für praktische Philosophie an der HU und Leiterin des 2018 gegründeten Center for Humanities and Social Change.

UnAufgefordert: Warum sollten wir uns heute noch mit Marx beschäftigen?

Rahel Jaeggi: Ich glaube, dass es eine zunehmende Unruhe gibt. Nehmen wir die Finanzkrisen der letzten Jahre: Wir haben bemerkt, dass das mit unserem Leben direkt etwas zu tun hat und die ökonomisch sehr komplexen Zwänge, die auf uns ausgeübt werden, gar nicht so leicht zu verstehen sind. Sich mit Marx zu beschäftigen ist nicht der schlechteste Ansatz, um zu verstehen wie unser Gesellschafts- und Wirtschaftssystem aussieht und wie das eine auf das andere einwirkt. Marx hat nicht für jedes Rätsel der Welt die vollständige Lösung gefunden, das wäre ja auch absurd bei einer Theorie, die einen „Zeitkern“ hat. Alleine mit Marx wird man also die uns interessierenden Probleme nicht lösen. Aber Marx ist einer der wichtigsten Sozialphilosophen, die wir haben.

UnAuf: Welche wichtigen Werkzeuge hinterlässt uns Marx?

Jaeggi: Begriffe wie Ausbeutung und Entfremdung zum Beispiel. Die Einsicht, dass in kapitalistischen Gesellschaften Ausbeutung sich nicht per direkter, persönlicher Herrschaft, sondern strukturell gestaltet. Oder der Versuch, mit dem Entfremdungsbegriff ein Welt- und Selbstverhältnis zu beschreiben, in dem man fremden Mächten ausgeliefert ist und eine spezifische Form der Machtlosigkeit und Ohnmacht herrscht, die wiederum nicht auf direkte Heteronomie zurückzuführen sind, sondern auf eine Art des Identifikationsverlustes, mit dem was man ist und tut – eine strukturell induzierte Unfähigkeit, sich zu dem was man will und tut und gesellschaftlichen Bedingungen, von denen das eigene Leben beeinflusst ist, in Beziehung zu setzen. Oder seine Vorstellung von Freiheit: Für Marx ist Freiheit nicht nur die Abwesenheit von äußeren Zwängen, sondern etwas, das sich als soziale Frei-

heit in sozialen Praktiken und in Institutionen realisiert.

UnAuf: Was machen wir jetzt damit?

Jaeggi: Was man mit Marx lernt, ist weniger, dass es ein Skandal ist, wie die Welt ist, etwa im Fall ökonomischer Ungleichheit, sondern eine bestimmte Form der Kritik, eine nicht nur moralisierende Kritik. Das heißt, die Verhältnisse, die man skandalös findet, nicht einfach nur zu moralisieren, sondern diese zu analysieren und aus dieser Analyse heraus die Kritik zu entwickeln.

UnAuf: Als Leiterin eines neuen Forschungszentrums, das sich den Krisen der Demokratie und des Kapitalismus widmen soll, schauen Sie sich unsere Verhältnisse ganz konkret an. Wo setzen Sie dabei an?

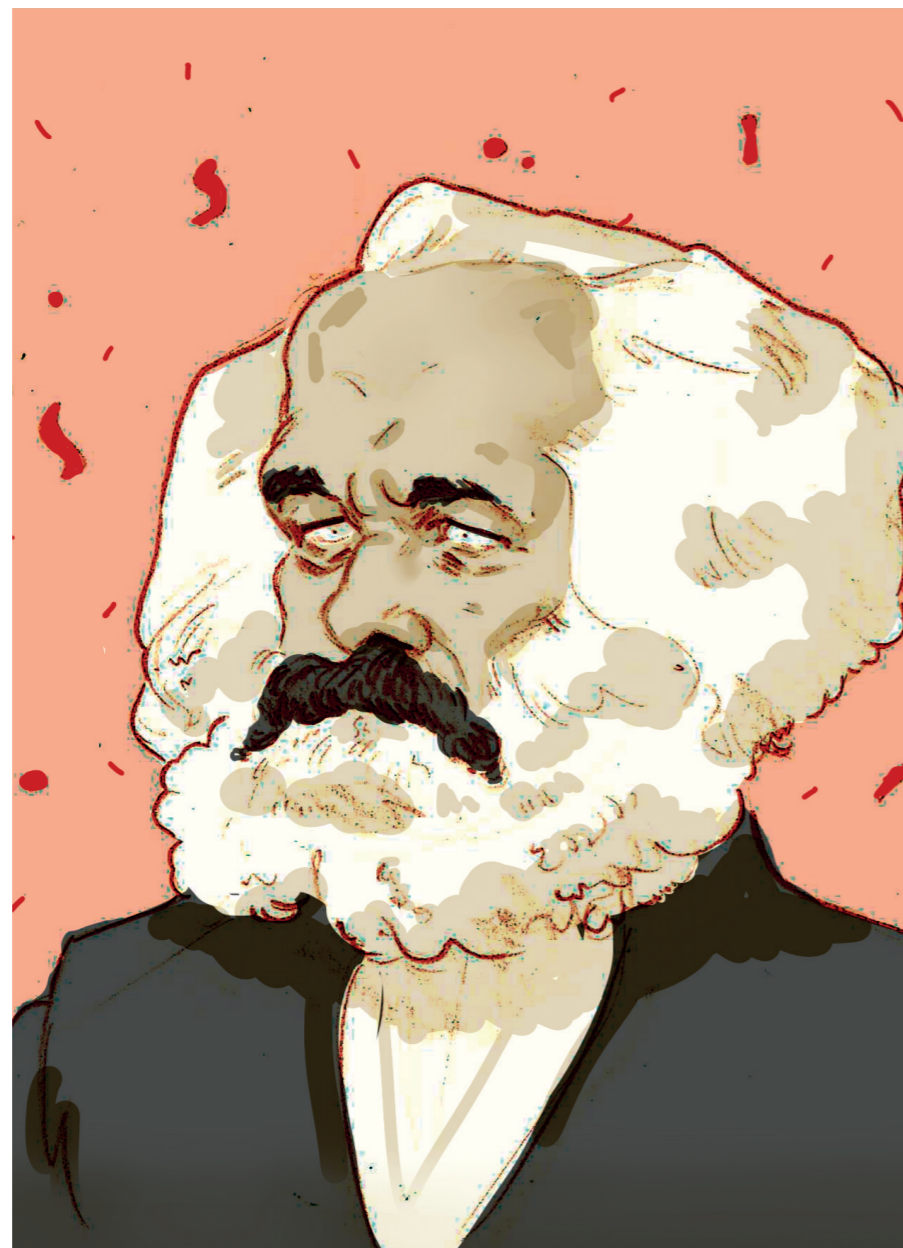


Illustration: Paulina Hillebrand

Jaeggi: Das Center beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit dem Thema „Krisen des Kapitalismus und Krisen der Demokratie“. Dabei müssen wir auch die Frage nach der Vereinbarkeit von Demokratie und Kapitalismus neu stellen. Es hat eine, zu einem goldenen Zeitalter glorifizierte, Zeit der westlichen demokratischen Wohlfahrtsstaaten gegeben, in der die Vorstellung, dass man den Kapitalismus demokratisch zähmen könnte, sehr prominent war. An dieser Parole der nachkriegsdeutschen Entwicklung ist – nicht nur, aber auch verursacht durch die Globalisierung der Problemlage – etwas ins Kriseln geraten. Es gibt ein paar Themenblöcke, die wir schwerpunktmäßig untersuchen, etwa das Thema Eigentum – mit durchaus auch ganz konkreten Implikationen, etwa im Zusammenhang mit dem Eigentum an Wohnraum und dem, was das mit unserem Zusammenleben macht.

UnAuf: Wie kam der Kontakt zu Erck Rickmers zustande, der das Zentrum finanziert? Hat er Einfluss auf Arbeit oder Forschung?

Jaeggi: Herr Rickmers ist auf mich zugekommen, hat mir von seinen Plänen erzählt und mich gefragt, ob ich bereit wäre, bei der Gründung eines solchen Instituts eine tragende Rolle zu spielen. Ich kannte Herrn Rickmers vorher nicht. Ich glaube, seine Idee beruhte alleine darauf, dass er Hinweise von verschiedenen Seiten bekommen und sich meine Bücher und die Arbeit an unserem Lehrstuhl angeschaut hat. Seit einiger Zeit schon organisieren wir verschiedene Veranstaltungen, die die Schnittstelle zwischen gesellschaftspolitisch interessanten Fragen und Philosophie beleuchten sollen. Zu ihrer zweiten Frage: Herr Rickmers hat keinen Einfluss auf unsere inhaltliche Arbeit. Hier herrscht Freiheit der Wissenschaft, die auch vertraglich festgehalten ist. Das heißt, er sitzt zwar im Beirat und verfolgt, was wir tun, aber ohne Stimmberechtigung. Also ist es nicht so, dass wir hier Auftragsforschung machen, es wäre in diesem Fall ja auch schwer zu sehen, worin dieser Auftrag bestehen könnte.

UnAuf: Dieses Jahr markiert auch das 50. Jubiläum der 68er-Bewegung. Haben Sie das Gefühl, dass bei Ihren Studierenden die Sehnsucht nach einer Art Praxis herrscht?

Jaeggi: Ich glaube schon. Aber nicht nur nach Praxis, sondern auch nach Theorie, die mit einer solchen Praxis verbunden ist, so wie das 1968 exemplarisch der Fall war. Das sieht man auch an dem enormen Zuspruch, den unsere jüngst veranstaltete Konferenz zum Thema „Emanzipation“ mit 1200 Besucher*innen gerade bei jüngeren Teilnehmer*innen hatte. Diese Tagung war ja beides, der Versuch, den Begriff der Emanzipation wieder ins Spiel zu bringen und damit auch eine Reflexion auf das, was man als die Konstellation von 1968 begreifen kann, zu bieten. Die Frage ist: Welche Rolle spielt emanzipatorisches Wissen und Theorie für eine ebensolche politische Praxis? Wie Horkheimer mal gesagt hat: Kritische Theorie ist die theoretische Seite des praktischen Prozesses der Emanzipation. Es ist nicht so, dass Theorie nur irgendwie informiert oder die normative Instanz ist, die sagt, was richtig und falsch ist. Sondern sie ist Teil dieses Prozesses, schon deshalb weil diejenigen, die diesen aktiv vorantreiben oder tragen ja gar nicht umhin können, sich in bestimmten Begriffen zu verstehen und weil das, was sie tun von einem bestimmten Selbstverständnis, das immer auch mit einer Interpretation der sozialen Welt in der wir leben, einhergeht, verbunden ist.

UnAuf: Können Studierende auf theoretischer und praktischer Ebene heute noch etwas bewegen, oder ist das eine Illusion?

Jaeggi: Ich glaube, man kann immer etwas bewegen. Sie können jetzt sagen, „Wir mit unseren neuen Studiengängen haben nicht mehr so viel Zeit“. Aber um den Erhalt von Freiräumen trotz der stärkeren Verschulung des Studiums muss und kann man auch kämpfen. Gleichzeitig stecken Studierende selbst, vielleicht stärker als frühere Generationen, in den gesellschaftlichen Konflikten, etwa prekärer Arbeit, drin. Das ist ja nichts, was sich irgendwo ganz anders abspielt, während sie im privilegierten Elfenbeinturm studieren. Sie haben nicht nur das Problem, wie sie ihr Studium finanzieren, sondern auch, in welcher Art von Arbeitsverhältnissen sie sich mit den hier erworbenen Kompetenzen überhaupt eine Zukunft vorstellen können. Ganz viele unserer Studierenden arbeiten ja in prekären Verhältnissen oder darauf hin. Es gibt alle möglichen gesellschaftlichen Konfliktfelder, in denen sie direkt involviert sind. Viele sind dahingehend sehr engagiert, außerhalb aber auch innerhalb der Universität. Universität kann dann so etwas wie ein gesellschaftlicher Reflexionsraum sein, in dem die Analyse aber auch das kritische Verhalten gegenüber den gesellschaftlichen Zuständen erprobt wird.

Felix Ferlemann, 24,
Sozialwissenschaften
Max Skowronek, 25,
Geschichte und Kultur
der Wissenschaft und Technik

GLOSSE /

RASSISMUSVORWÜRFE IM ZDF: ALLES SATIRE

Die Moderation des royalen TV-Event des Jahres, die Eheschließung von Prinz Harry und Meghan Markle, brachte ZDF Moderator Norbert Lehmann und seinen drei Society- und Königshausexperten einiges an Kritik ein. Der Umstand, dass die Braut afroamerikanische Wurzeln hat, forderte das ZDF-Gespann gewaltig heraus. Zeit mit dem Mann der Stunde, Norbert Lehmann, über die Rassismuskritik zu reden.

UnAuf: Herr Lehmann, können Musik und Gesang eine Rasse haben?

Norbert Lehmann: Wie kommen sie denn darauf?

UnAuf: Sie haben einen Musikbeitrag während der Trauung folgendermaßen kommentiert: „Toll, weil es so fantastisch schwarz und so toll schwarz gesungen war.“

Lehmann: Na, die Leute waren doch schwarz.

UnAuf: Ja, aber ein Lied kann doch nicht besonders „schwarz“ gesungen werden. Genauso wenig, wie ein Bild beispielsweise besonders „weiblich“ gemalt werden kann.

Lehmann: Da würde ich jetzt aber mal einhaken. Der Schwarze an sich hat doch viel mehr Rhythmus im Blut als wir!

UnAuf: Können Sie das ausführen?

Lehmann: Sie wissen schon. Das zeigt sich ja auch beim Tanzen und so weiter, das ist alles ein bisschen wilder.

UnAuf: Während ihrer Moderation fiel sehr häufig der Hinweis auf Meghan Markles afroamerikanische Herkunft. War es nötig, derart oft auf diesen Umstand hinzuweisen?

Lehmann: Also, der Meghan sieht man das ja gar nicht an. Die sieht ja eigentlich normal aus. Nur halt ein bisschen exotischer. Aber der Mutter sieht man es doch ziemlich an.

UnAuf: Das Wort „exotisch“ fiel ebenfalls während der Livesendung. Außerdem der Hinweis, dass die Queen bei dieser Hochzeit wohl ein Auge zugeknippt habe. Sollten wir als Deutsche mit Kolonialhintergrund da nicht ein bisschen vorsichtiger sein?

Lehmann: Exotisch – das ist doch vielmehr ein Kompliment? Wissen Sie, ich finde solche Themen haben bei so einem Event einfach keinen Platz. Politik muss man auch mal außen vor lassen. Nicht umsonst habe ich zur Verabschiedung meiner Zuschauer gesagt: Es hing Liebe in der Luft! Und der blasse Harry hat sich halt in die rassige Meghan verliebt.

UnAuf: Vielen Dank für das Gespräch.

Janne Hoppe, 22,
Kultur und Technik

SUPER JUT /

JAMMEN IN SPANDAU

Unter berlinersessions.de findet man Kneipen, in denen man mit Amateurmusiker*innen jammen kann

Alle, die schon mal ein Instrument in der Hand hatten, träumen davon, Teil einer Band zu sein und vor Publikum zu spielen. Meistens wird das nichts. Außer, man geht zu den Berliner Sessions.

Freitagabend in Spandau. Ein Freund und ich waren extra früher da, vor allem um Bier zu trinken (zur Beruhigung der Nerven). Als der Veranstalter unsere Gitarren gesehen hatte, näherte er sich unserem Tisch und drückte uns einen Zettel in die Hand. „Notiert eure Namen neben den Liedern, bei denen ihr mitspielen wollt“, erklärte er uns. „Denkt nicht viel darüber nach. Das machen wir immer so, damit es den Neuen beim ersten Mal etwas leichter fällt“. Unsere Entscheidung fiel auf „Riders on the Storm“ von den Doors. Danach warteten wir auf unseren Auftritt. Das Bier begann zu wirken.

Ein paar weitere Biere später (nur zur Sicherheit) gingen wir auf die Bühne und begrüßten unsere Band. Ziemlich plötzlich gab der Schlagzeuger einen Rhythmus vor, der Bassist stieg sofort mit ein. Ein Pianist folgte, und kurz darauf stieg noch ein weiterer Gitarrist mit ein. Jetzt spielten alle außer mir.

Ich hatte keine Ahnung, wie ich anfangen sollte. Ich versuchte mich an die Worte meines Freundes zu erinnern: „Ach, mach dir keine Sorgen. Hier sind nur andere Amateure und Rentner“. Er hatte Recht. Es war spät und die Hälfte des Publikums schlief wahrscheinlich schon. Ich spielte ein paar Noten und wurde langsam ruhiger.

Nach unserem Auftritt hingen wir noch etwas mit unserem Pianisten und dem Schlagzeuger rum. Sie erzählten uns, dass sie zweimal im Monat zusammen zum Jammen zu einer der Sessions gehen. Für die Zukunft rieten sie uns: „Üben und oft mitspielen“. Das leuchtet ein.

Wer selbst auf einer der Jam Sessions spielen möchte, findet unter berlinersessions.de oder givemeastage.blogspot.de detaillierte Listen mit Terminen in ganz Berlin. Begeisterte Musiker*innen treffen sich wöchentlich in Bars, Kneipen oder Restaurants, nicht nur, um zusammen zu spielen, sondern auch zum Kennenlernen und Vernetzen. Es gibt drei unterschiedliche Arten von Treffen: Jazz Sessions, Jam Sessions und Open Stage. Bei den beiden ersten wird improvisiert, während man beim Dritten einen vorbereiteten und im Idealfall guten Song im Gepäck haben sollte.

Nicolas Leon, 20,
Spanisch und Volkswirtschaftslehre

POST AUS /

TORUŃ, POLEN

Wenn ich in Deutschland erzähle, dass ich gerade ein Auslandsjahr in Toruń mache, muss ich immer kurz erklären: Toruń liegt in Polen, 200 000 Einwohner, Nikolaus Kopernikus ist dort geboren. Zu Polen haben die meisten schnell eine Meinung. Kein Wunder. Die deutschen Nachrichten sind voll von der rechten PiS-Regierung und ausländergefeindlichen Ausschreitungen. Ob ich davon schon etwas mitbekommen habe, werde ich dann gefragt. Eine Anekdote:

Ich wohne in einem Studierendenwohnheim mit Rezeption. Komme ich rein, hole ich mir meinen Zimmerschlüssel ab, gehe ich raus, gebe ich ihn wieder zurück. Nach einiger Zeit erinnern sich die Rezeptionistinnen an die Gesichter. Bei mir ging das schneller, weil ich etwas Polnisch spreche. Um reinzukommen, muss man aber eigentlich die Zimmerkarte vorzeigen. Die hatte mein türkischer Mitbewohner leider in der ersten Woche vergessen. So stand er an der Rezeption und musste der Rezeptionistin in gebrochenem Englisch die Sache erklären. Sie sprach aber kein Englisch. Tylko po Polsku.

Ich ging zufällig gerade raus und konnte einigermaßen übersetzen. Endlich jemand, der Polnisch spricht! Das nahm die Rezeptionistin zum Anlass, sich auszukotzen: Wie solle das hier funktionieren, wenn keiner seinen Bewohnerausweis dabei hätte und noch nicht mal seine Zimmernummer auf Polnisch sagen könne? Sie kenne die ganzen Gesichter doch noch gar nicht, und so könne dann ja jeder hier ein- und ausgehen. Und überhaupt seien hier ja so viele Ausländer. In so einem Land leben wir mittlerweile, jaja...

Inhaltlich und sprachlich überfordert, suchte ich nach einer Antwort. Ich entschied mich für „trudno“. Das bedeutet wörtlich „schwierig“ oder auch „So ist das Leben“. Sie lachte verlegen, entschuldigte sich und machte Anstalten, dass mein Mitbewohner und ich gehen konnten. Hier, beim Thema Ausländerfeindlichkeit, enden die meisten Anekdoten. Diese nicht: Als ich aus dem Wohnheim komme, warten dort der schwule Pole Przemek und der türkische Erasmusstudent Taner auf mich.

Stefan Strietzel, 23,
Geschichte und Buchwissenschaft

BERLINS WILDESTE GALERIE

Wir machen uns auf den Weg ans Ende unserer Welt.
Zurückbleiben bitte! Heute: Mit der S2 nach Bernau



Vom Bahnhof aus sind es nur wenige Meter, die mich von meinem Ziel trennen: dem verlassenen Gelände des ehemaligen Heeresbekleidungshauptamtes. Genau hier, mitten in den Ruinen einer längst vergangenen Zeit, befindet sich die beeindruckendste Street-Art-Galerie Berlins. Auf den drei Etagen des verwahrlosten Gebäudes lassen sich die verwilderten Hinterlassenschaften von Künstler*innen bestaunen, die von einfachem Vandalismus bis zu atemberaubenden Kunstwerken reichen.

Die Türen sind längst aufgebrochen. Das Glas der Scheiben bricht unter meinen Schritten, die Geländer im Treppenhaus fehlen. Sicher ist hier nichts. Besonders fesselt mich ein mosaikartiges Gemälde, das sich über eine der gewaltigen Wände erstreckt: Sieht aus wie das Cover von The Rising Tide der Linkin Park-Ausgliederung Fort Minor. Gelegentlich höre ich Schritte Anderer durch die Flure hallen. Zu sehen ist niemand.

Von der Geschichte, die in den Mauern dieser Ruinen steckt, ahnt man kaum noch etwas. Zur Zeit des Zweiten Weltkrieges

waren hier unter der Führung der Nationalsozialisten rund 1300 Mitarbeiter mit der Lagerung und Verwaltung von Wehrmachts-Uniformen beschäftigt. Nach dem Krieg fand das Areal bis 1991 als Versorgungsdepot sowjetischer Streitkräfte Verwendung. Seitdem ist der Gebäudekomplex sich selbst überlassen und dient als Leinwand für Verwitterung und Graffiti-Künstler*innen.

Bisher lässt sich das alles noch ohne Anstrengung bestaunen. Trotz provisorischem Zaun kann das Areal längs der Schwanebecker Chaussee über eine unscheinbare, ruhige Neubausiedlung problemlos betreten werden. Es wird allerdings nicht mehr lange dauern, dann wird auch dieser Ort dem Bau neuer Wohnanlagen weichen. In den nächsten Jahren sollen genau hier knapp 2000 neue Wohnungen, außerdem Räume für Gewerbe- und Dienstleistungen, entstehen. Damit verliert Bernau sehr bald eine seiner schönsten Leinwände, und wir den Grund, hinzufahren.

Philip Chorzelewski, 26,
Philosophie und Deutsch

WE WANT YOU!

UnAuf gefordert

unauf.de/kontakt/mitmachen/



Deutsches
Symphonie
Orchester
Berlin

10 €

TICKETS FÜR STUDIERENDE

Erlebe das Deutsche Symphonie-
Orchester Berlin in der Philharmonie
zum günstigen Studierenden-Preis!

Studierende bis zum 27. Lebensjahr erhalten an der
Abendkasse für das jeweilige Konzert Karten für 10 €.

dso-berlin.de

